



## **E i n l a d u n g**

Hiermit lade ich Sie zur **Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales** ein.

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 17.02.2011, 18:00 Uhr

**Ort, Raum:** Großer Sitzungssaal des Rathauses, Rathausplatz 1, 52134 Herzogenrath

---

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentliche Sitzung**

1. Eröffnung des öffentlichen Teils der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde gemäß § 48 GO NRW in Verbindung mit § 18 und 27 der Geschäftsordnung für Rat und Ausschüsse der Stadt Herzogenrath
3. Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes Wohnen  
hier: Vorstellung des Projektes "Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Unterstützungsbedarf" durch Herrn Wilfried Hammers **V/2009/202-E03**
4. Zahl der Zweit- und Nebenjobs steigt  
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.01.2010 **V/2010/158-E01**
5. Beschlusskontrolle **V/2011/014**
6. Seniorenfahrt 2011 **V/2011/021**
7. Zuschüsse an die Wohlfahrtverbände **V/2011/022**
8. Zuschuss an die Familienberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt Aachen-Land e. V. in Eschweiler  
hier: Antrag vom 18.11.2010 **V/2011/023**
9. Zuschuss an die Pro Familia Beratungsstelle für Schwangerschaftsprobleme und Familienplanung in Aachen  
hier: Antrag vom 10.06.2010 **V/2011/024**
10. Zuschuss an die Schwangerschaftskonfliktberatung des Diakonischen Werkes im Kirchenkreis Aachen e.V.  
hier: Antrag vom 17.11.2010 **V/2011/025**

- |     |  |                    |
|-----|--|--------------------|
| 11. | Kooperativer Beitrag – Verein zur Förderung behinderter Kinder und Erwachsener in Herzogenrath e.V.  | V/2011/026         |
| 12. | Armut in Herzogenrath<br>Erstellung eines Sozialentwicklungsplanes /Armutberichtes<br>hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2007 sowie der Fraktion DIE LINKE vom 18.01.2010 | V/2007/287-<br>E02 |
| 13. | Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Herzogenrath<br>hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2010                           | V/2011/027         |
| 14. | Überschuldung von Privathaushalten<br>hier: Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90-DieGrünen sowie der Fraktion DIE LINKE vom 24.01.2011                             | V/2011/031         |
| 15. | Altersarmut in Herzogenrath<br>hier: Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE vom 01.02.2011                                   | V/2011/038         |
| 16. | Informationen und Anfragen   | V/2011/039         |

Herzogenrath, 11. April 2014

(Vorsitzende/r)



<b>Vorlage</b>		Drucksachen-Nr: <b>V/2009/202-E03</b>								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status: öffentlich								
<b>Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes Wohnen hier: Vorstellung des Projektes "Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Unterstützungsbedarf" durch Herrn Wilfried Hammers</b>										
<b>Beratungsfolge:</b>		<b>TOP: 3</b>								
Datum	Gremium	<table border="1" style="float: right;"> <thead> <tr> <th>Einst.</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> </tbody> </table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.							
17.02.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales									

**Beschlussvorschlag:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit und Soziales danken Herrn Hammers für seinen Vortrag und die anschließende Aussprache.

**Sachverhalt:**

Hinsichtlich der Sachverhaltsklärung wird auf die bisherigen Beratungen zu Drucksachen-Nr.: V/2009/202 nebst Ergänzungsvorlagen verwiesen.

Beschlussgemäß wird Herr Hammers in der Sitzung zugegen sein und das Projekt „Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Unterstützungsbedarf“ vorstellen.

# Villa Emma

Selbständig leben mit Unterstützung



**Ein integratives Wohnprojekt für  
junge und alte Menschen mit und  
ohne**

1.10.2010

**Pflege- und Hilfebedarf**

Projektgruppe Villa Emma eG

### Wir planen und bauen als bürgerschaftliche Initiative:

Ein ökologisches Wohnhaus  
mitten im Quartier,  
mit barriere freien Wohnungen  
für ein bis zwei Personenhaushalte.

Hier leben Menschen in einer sich  
gegenseitig unterstützenden  
Hausgemeinschaft und können bei  
Bedarf Pflege und Unterstützung  
direkt vor Ort erhalten.



### Bewohnerinnen und Bewohner

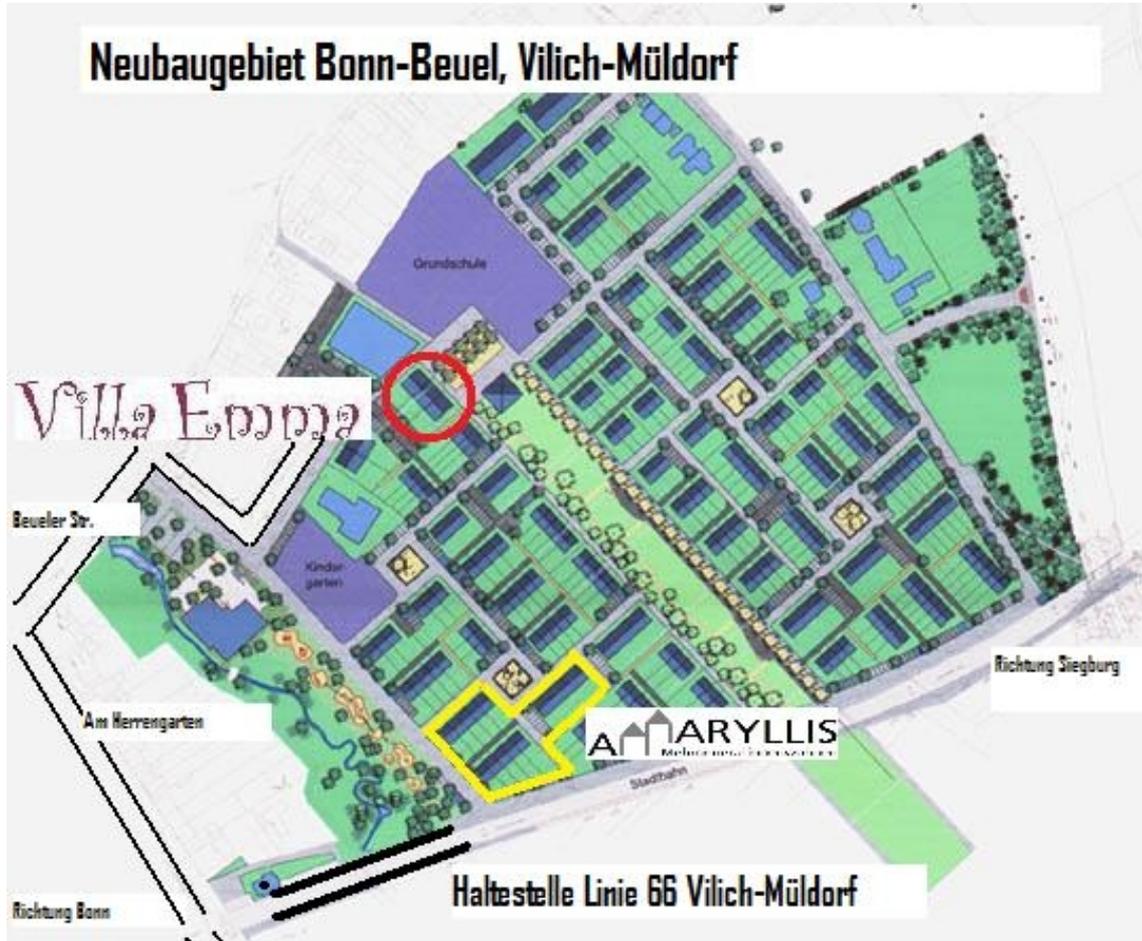
- ❖ sind jung und alt
- ❖ sind Menschen, die selbstbestimmt in eigener Wohnung und in Gemeinschaft leben wollen
- ❖ sind Menschen, die körperliche Einschränkungen haben und häusliche Pflege benötigen
- ❖ sind Menschen, die gesund und (noch) keinen Pflegebedarf haben
- ❖ sind Menschen aus unterschiedlichen Einkommensgruppen
- ❖ sind Menschen, die nicht in einer stationären Einrichtung wohnen



# Villa Emma

Selbständig leben mit Unterstützung

## DIE LAGE



- 1120 qm Grundstück
- Lage zwischen  
Neubaubereich und  
altem Dorfkern
- am neuen Dorfplatz
- nahe Infrastruktur
- nahe öffentliche  
Verkehrsmittel

# Villa Emma

Selbständig leben mit Unterstützung

## DAS HAUS



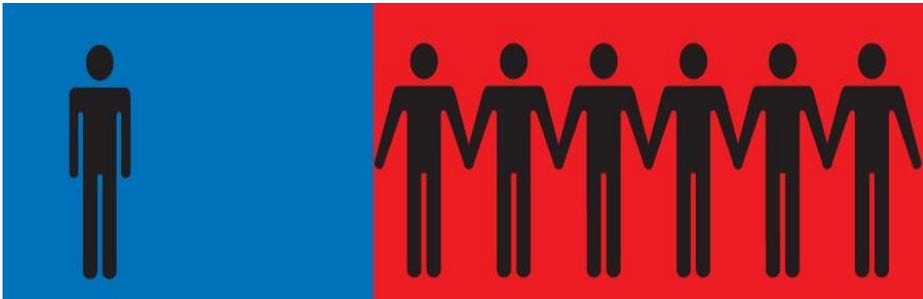
- ❖ Quartiersstützpunkt ambulanter Pflegedienst *Humanitus*
- ❖ Gemeinschaftsräume
- ❖ Gästezimmer
- ❖ Verhinderungspflege

Geplanter Baubeginn: Nov. 2010  
Fertigstellung: Nov. 2011

- ❖ 700 qm Wohnfläche
- ❖ 11 Wohnungen 39 qm –77qm
- ❖ barrierefrei / rollstuhlgerecht
- ❖ energieeffiziente Bauweise, regenerative Energien, gesunde Baustoffe
- ❖ bewohnerfreundliche Technik
- ❖ naturnaher barrierefreier Garten



- ❖ Mitglieder sind Bewohnerinnen/Bewohner sowie nichtwohnende Unterstützer des Projekts
- ❖ Die Bewohner sind Eigentümer und Mieter der eG
- ❖ Die Genossenschaft (eG) bietet größtmögliche Selbstbestimmung und Selbstverantwortung



**Kosten für Grundstück und Gebäude: € 1.797.000**

---

### Finanzierung:

❖ Zuschuss Stadt Bonn	€ 100.000
❖ Zuschuss Bund (BMFSFJ)	€ 100.000
❖ Einlagen der Bewohner	€ 136.800
❖ Freiwillige Einlagen Mitglieder	€ 100.000
❖ Private Einlagen Unterstützer	€ 100.000
❖ Bankdarlehen	€1.260.200
○ Volksbank Bonn/ Rhein-Sieg	€ 306.730
○ WFA/ NRW-Bank	€ 403.470
○ KfW	€ 550.000

---

**Gesamt €1.797.000**



# Villa Emma

Selbständig leben mit Unterstützung

## DIE HAUSGEMEINSCHAFT



### ❖ als Investoren

- Zur Stärkung des Eigenkapitals der eG
- zur Finanzierung spezieller Ausstattung

### ❖ im Freundeskreis

- Beratung und Unterstützung einzelner Bewohner
- Kochgruppe für tägliches Mittagessen
- Instandhaltung von Haus und Garten
- Verbindung zur Nachbarschaft im Quartier
- Mithilfe Verwaltung
- und vieles andere mehr...



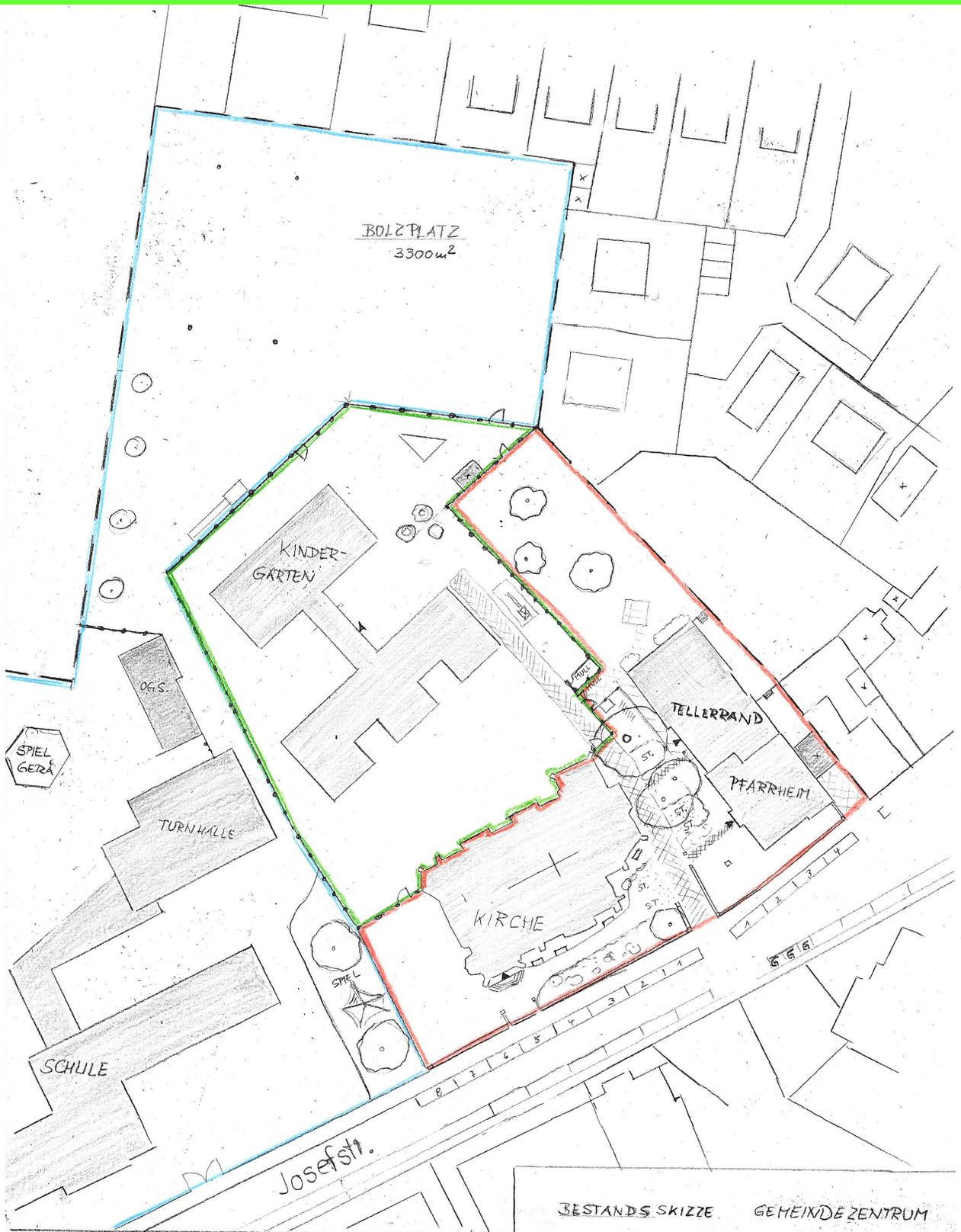
**Vielen  
Dank**



Kontakt: Villa Emma eG, Dorothea-Erxleben-Weg 8, 53229 Bonn  
Tel. 0228 555 25 986 [www.villa-emma-bonn.de](http://www.villa-emma-bonn.de)

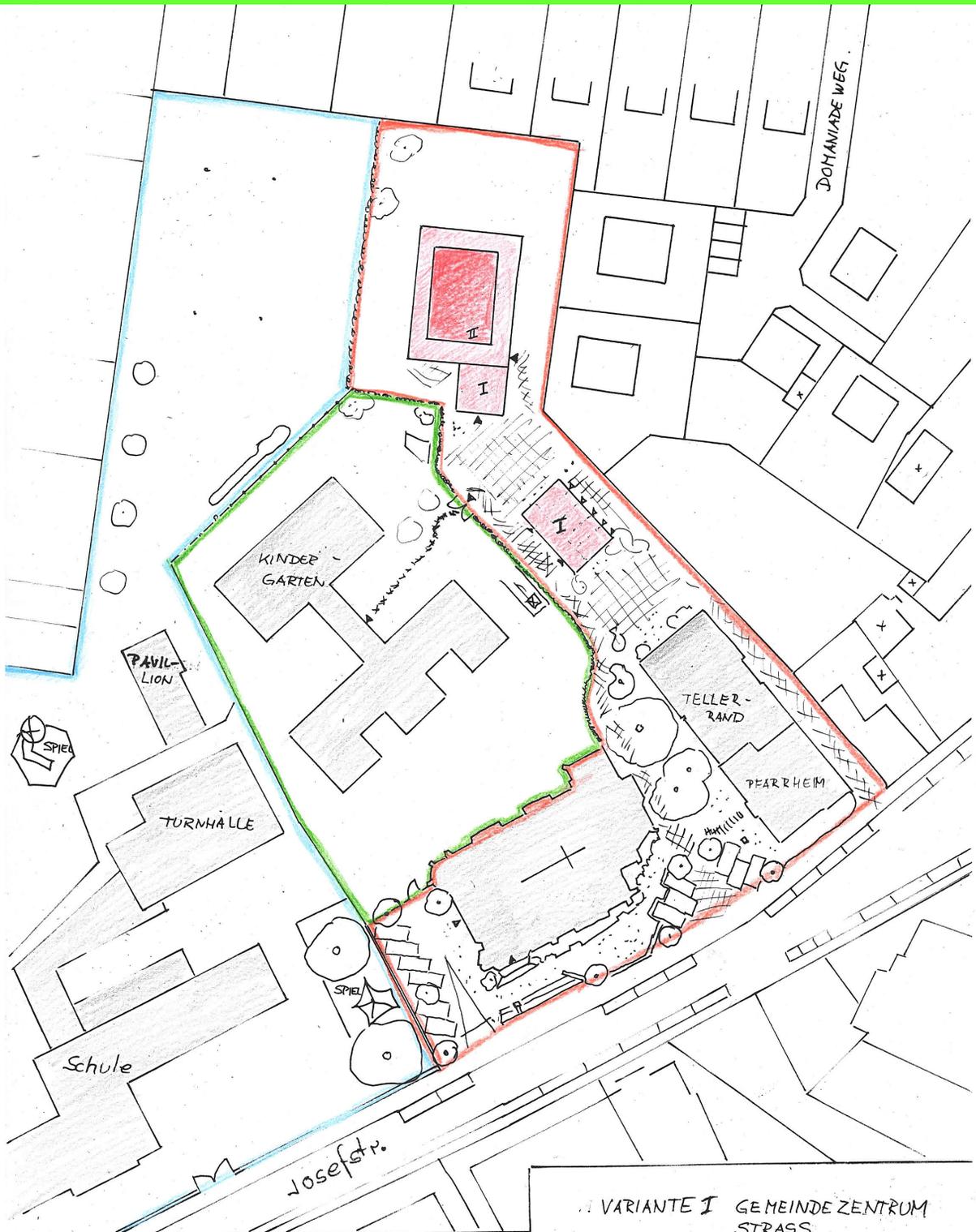
# Gemeindezentrum Strass

„Selbstbestimmt leben mit Unterstützung“  
Bestandsaufnahme



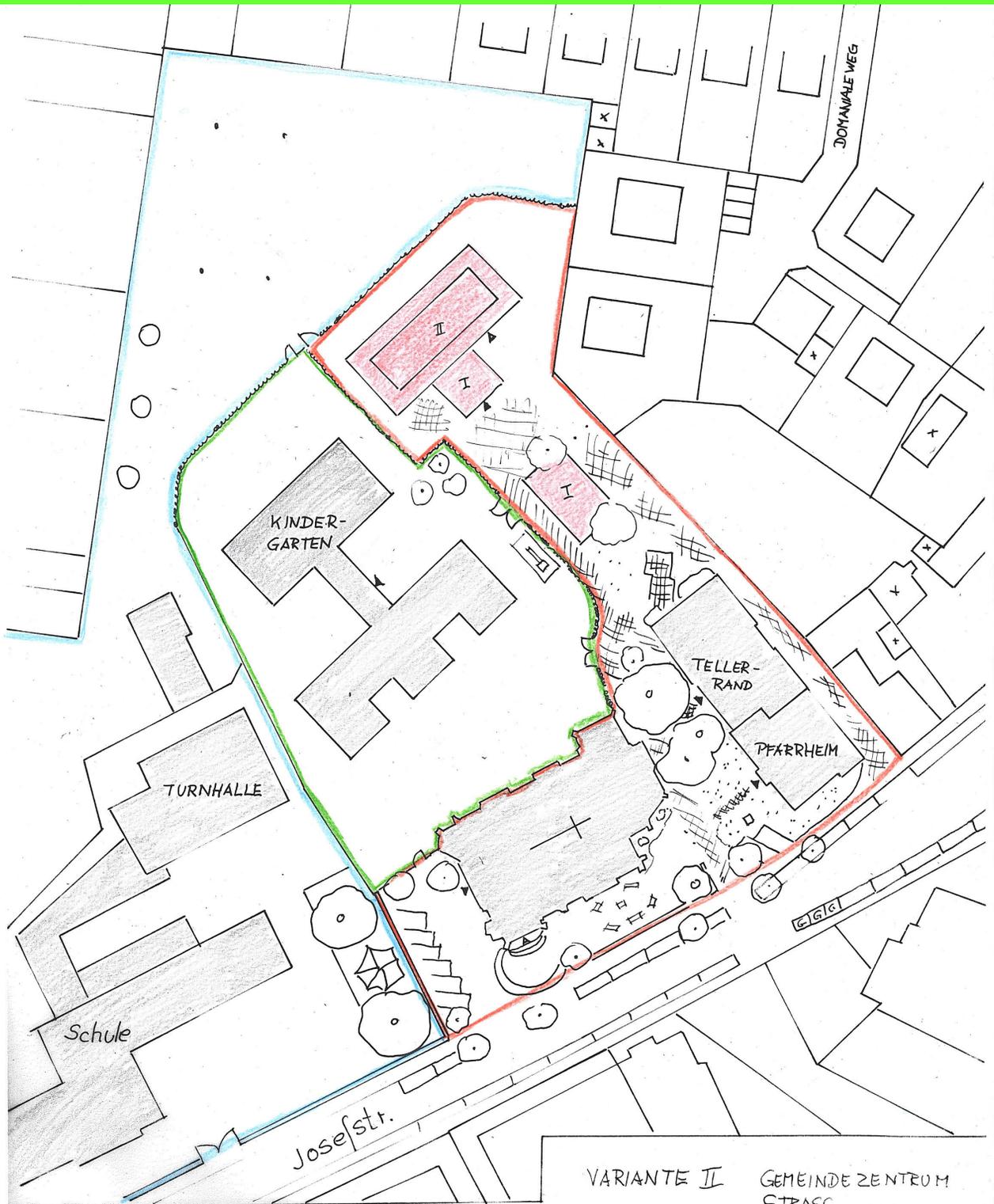
# Gemeindezentrum Strass

„ Selbstbestimmt leben mit Unterstützung “  
Mögliche Lage 1



# Gemeindezentrum Strass

„ Selbstbestimmt leben mit Unterstützung “  
Mögliche Lage 2



# Gemeindezentrum Strass

Selbstbestimmt leben mit Unterstützung “  
gewünschte Lage



**Von** Bernd Krott  
**An:** Thoennissen, Jakob  
**Datum:** 08.07.2008 15:39:43  
**Betreff:** Spiel- und Bolzflächenbedarf in Straß

Hallo Herr Thönissen,  
ich habe den Jugendhilfeplaner gebeten, einmal zu rechnen. Im Folgenden habe ich seine Stellungnahme eingefügt. Die von Herrn Engel aufgeworfene Frage der Abstandsfläche des Bolzplatzes zur dann näher rückenden Wohnbebauung, macht das Bauvorhaben in der Tat problematisch.

Hier die Daten:

a) Bolzplatz

Einzugsbereich des Bolzplatzes ist die gesamte Wohnlage Straß. Hier handelt es sich um den einzigen Bolzplatz!

Im Einzugsbereich wohnen insgesamt 336 Kinder und Jugendliche im Alter von 10 -> 18 Jahren = potentielle Nutzer.

Der Mindestbedarf für Bolzplätze dürfte bei Netto 600 qm (Spielfeld) bzw. Brutto 900 qm liegen.

Die Größe des Bolzplatzes ist mit 3.586 qm angegeben (wobei mir das etwas hoch gegriffen vorkommt). Daraus wäre zu schließen, dass ca. 2500 qm "übrig wären". Aber: ein Bolzplatz unmittelbar an angrenzende Wohnbebauung ist - gelinde ausgedrückt - unüblich. Welche Abstandsflächen einzuhalten sind habe ich allerdings nicht präsent. (FB 3 ?)

b) Spielplatz

Zur Zeit leben im Einzugsgebiet:

50 Kinder im Alter von 10 > 14 Jahren

39 Kinder im Alter von 6 > 10 Jahren.

Insgesamt 89 Kinder im Alter von 6 > 14 Jahren bedeutet einen Spielflächenbedarf von 801 qm. Vorhanden sind nach Angaben FB 4: 955 qm.

Aber:

1. Der Spielplatz wird von der Grundschule Strass in den Pausen mit genutzt. Bei rund 250 Schülern bedarf es einer ausreichenden Fläche.

2. Der Bereich hat steigende Geburtenziffern zu verzeichnen:

10 > 14 Jahre: 50 Kinder

6 > 10 Jahre: 39 Kinder (- 22 %)

0 > 6 Jahre: 64 Kinder (+ 64 %).

Gruß

Bernd Krott

**CC:** Andreas Heine; Engel, Rolf

10.03.2011

**Dezernat II**  
Frau Froese-Kindermann

im Hause

**Projekt: „Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Unterstützungsbedarf“  
in Herzogenrath-Straß  
Sitzung des AAS vom 17.02.2011**

Zu den sich aus der Niederschrift des AAS vom 17.02.2011 ergebenden Fragestellungen nehme ich aus Sicht des Fachbereiches 3 wie folgt Stellung.

Zu 1)

Das Grundstück in der Gemarkung Herzogenrath, Flur 18, Flurstück 736 hat eine Größe von 2.586 m<sup>2</sup> und wurde mit einem m<sup>2</sup>-Preis von 40,00 € je m<sup>2</sup>, insgesamt somit 103.440,00 € in die Eröffnungsbilanz der Stadt Herzogenrath eingestellt. Bei einer Entwicklung des Grundstückes von bisher im Bebauungsplan dargestelltem Spielplatzbereich zu Bauland läge der tatsächliche Grundstückswert im Falle der Veräußerung an einen Investor bei 160,00 € je m<sup>2</sup>, demnach insgesamt bei 413.760,00 €.

Auch wenn es sich nach der der Niederschrift entnommenen Darstellung von Herrn Hammers um ein soziales Projekt handelt, ist der Unterschied zwischen einem Investor, der mit Wohnraumfördermitteln auf einem Grundstück, welches er zuvor zum Marktwert erworben hat bzw. erwerben musste, ein Gebäude errichtet und später an Berechtigte mit Wohnberechtigungsschein vermietet und einer Interessentengruppe, die eben kein Geld zum Erwerb des Grundstückes hat und sich durch Übertragung des Grundstückes zu einem symbolischen Wert von einem Euro o.ä. gegenüber dem Investor einen Wettbewerbsvorteil verschafft, nicht ersichtlich. Hier steht der Verdacht eines möglichen Verstoßes gegen das staatliche Beihilfeverbot nach europäischem Recht im Raum, was aber, sofern das Vorhaben weiter verfolgt werden soll, noch genauer -ggf. auch extern- zu prüfen ist.

Zu 2)

Der zurzeit für den Bereich gültige Bebauungsplan setzt eine Fläche für den Gemeinbedarf, hier Spielplatzfläche, fest. Für die planungsrechtliche Zulässigkeit des Vorhabens wäre demnach der Bebauungsplan zu ändern, was grundsätzlich im Rahmen eines beschleunigten Verfahrens gemäß § 13a BauGB möglich wäre.

Aus Sicht des Technischen Dezernates wurde unabhängig von der städtebaulichen Betrachtung des Vorhabens von Beginn an die Erschließung als äußerst problematisch angesehen, so dass bereits am 13. Januar 2009 ein Ortstermin mit der Architektin Siebenmorgen, dem Technischen Dezernenten Staron und dem Unterzeichner

stattgefunden hat, in dessen Rahmen mögliche Erschließungen eines solchen Vorhabens vor Ort besprochen wurden.

Fazit des Gespräches war, dass eine geeignete und sinnvolle Erschließung des Vorhabens nicht möglich ist. Der in einigen Katasterplänen vorhandene Weg zwischen dem Schulgebäude und dem Kirchenkörper existiert de facto nicht sondern ist integrierter Bestandteil des Schulhofes. Eine Erschließung zwischen der Kirche und dem Pfarrheim, wo derzeit auch die Andienung des Kindergartens stattfindet, wurde gerade wegen der Kindertagesituation einvernehmlich als nicht geeignet befunden. Die einzige überhaupt mögliche Erschließung wäre nach Abriss der in den Katasterplänen nicht eingezeichneten Garage der Pfarre zwischen dem Haus Josefstraße 6 (Pfarrheim) und Josefstraße 4 der Erschließungsschlauch, der jedoch an Engstellen eine maximale Breite von 3 m hat und somit auf einer Länge von mind. 50 m ohne Begegnungsverkehr zu befahren ist, der schlecht einsehbar ist, und der bis zum Erreichen des Baugrundstückes eine Strecke von 90 m überwinden muss. Aus Sicht des Dezernates III war diese einzig verbleibende Möglichkeit in Übereinstimmung mit der Einschätzung von Frau Siebenmorgen nicht weiter verfolgenswert.

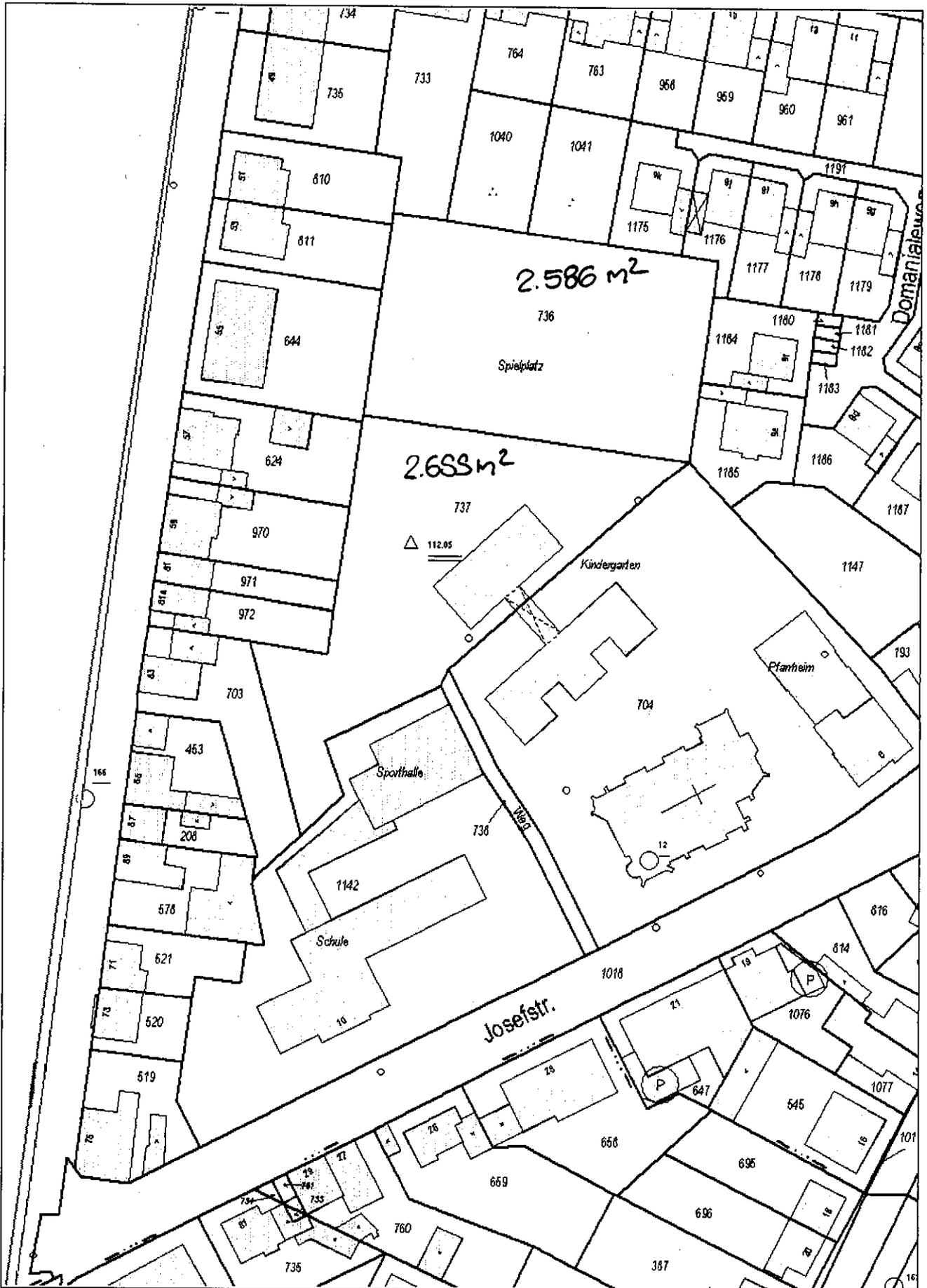
Richtig ist zwar zum Einen die Aussage der Brandschutzdienststelle, dass ein Brandschutzkonzept erst erstellt werden kann, wenn konkret die Planung des Gebäudes feststeht. Dennoch ist im Vorfeld einer solchen Planung zunächst das Planungsrecht zu schaffen. Auch hierzu wäre eine Aussage der Feuerwehr zur Sinnhaftigkeit einer solchen Erschließung notwendig. Das für die spätere bauordnungsrechtliche Beurteilung erforderliche Brandschutzkonzept stellt den baulichen Brandschutz dar, der ggf. durch technische Maßnahmen und etliche Abweichungen vom geltenden Bauordnungsrecht erreicht werden kann. Die de facto Rettungssituation vor Ort ist jedoch aus Sicht des Fachbereiches 3 untragbar.

Sollte ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet werden, müssten natürlich in der Trägerbeteiligung auch hier wieder die Fachbehörden wie Brandschutzdienststelle, etc. gehört werden.

Im Rahmen eines möglichen Bebauungsplanverfahrens wären ein Teil der Aspekte von anderen Fachbereichen abzuarbeiten, insbesondere müsste das Dezernat II Aussagen dazu machen, inwieweit die nach Kenntnis des FB 3 teilweise stattfindende Schulnutzung im Sommer eingeschränkt werden kann, die Flächen für Ferienspiele benötigt oder nicht benötigt werden, eine Verlegung des traditionell auf dem Areal stattfindenden Martinsfeuers möglich ist, die Fläche als einzige Option für die OGS-Erweiterung aufgegeben werden kann, die Aufgabe der Nutzung durch die Kinder als Spielplatz-Arrondierung / Bolzplatz begrüßenswert ist, etc. Da auf dem Grundstück voraussichtlich Pkw-Stellplätze nicht untergebracht werden können, müsste FB 1 eine Aussage dazu machen, inwieweit die öffentlichen Verkehrsflächen im Bereich Josefstraße, Neustraße und Alte Straße die ruhenden Verkehre weiter aufnehmen können.

Im Auftrag:

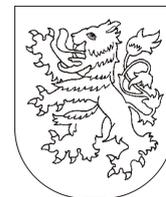
(Stephan Mingers)  
Fachbereichsleiter



0 m 40 m

© Kataster- u. Vermessungsamt Kreis Aachen - LVermAmt NRW

Nur für den dienstlichen Gebrauch - Der Maßstab gilt nur bei Druck ohne Seitenanpassung.



<b>Vorlage</b>	Drucksachen-Nr: <b>V/2010/158-E01</b>								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste	Status: öffentlich								
<b>Zahl der Zweit- und Nebenjobs steigt hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.01.2010</b>									
<b>Beratungsfolge:</b>	<b>TOP: 4</b>								
Datum                      Gremium	<table border="1"><thead><tr><th>Einst.</th><th>Ja</th><th>Nein</th><th>Enth.</th></tr></thead><tbody><tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr></tbody></table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.						
17.02.2011      Ausschuss für Arbeit und Soziales									

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales bedankt sich bei Herrn Becker für sein Kommen verbunden mit der Bereitschaft zum Thema Zahl der Zweit- und Nebenjobs zu informieren.

**Sachverhalt:**

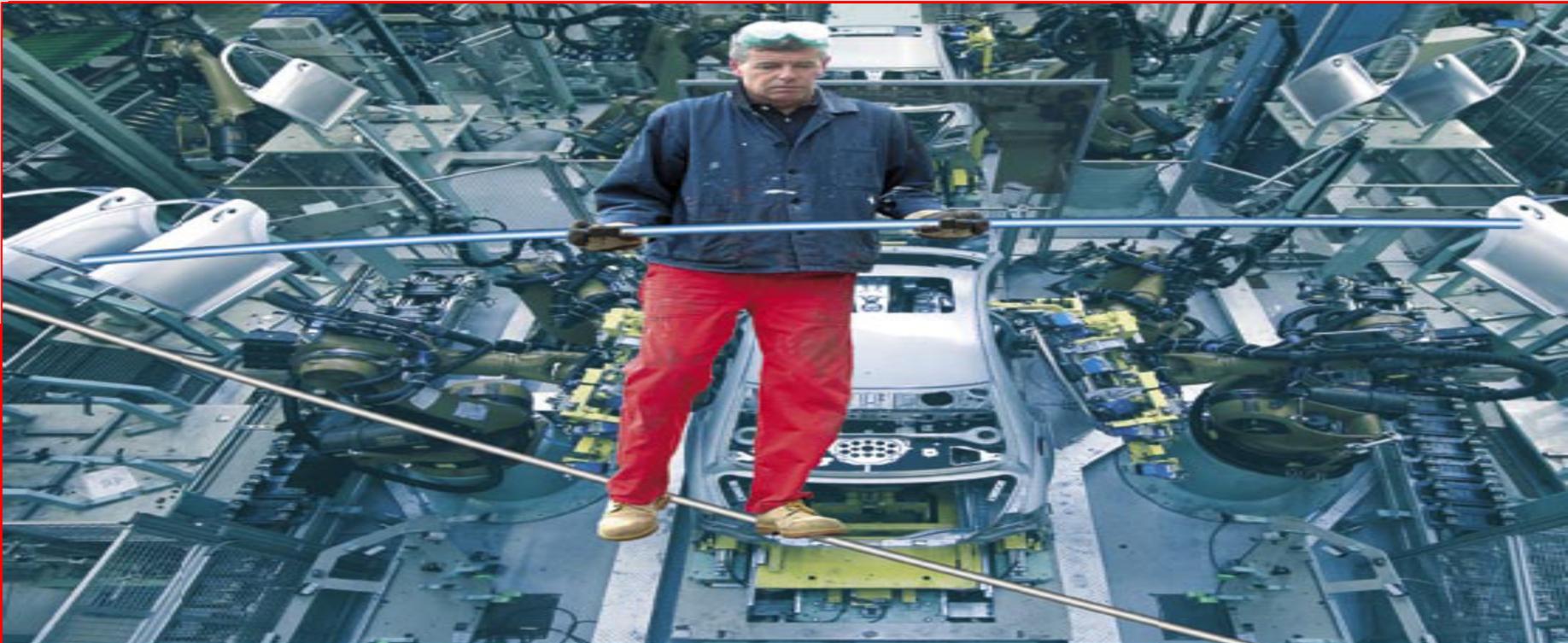
Zur Sachverhaltsklärung wird auf die bisherige Beratung unter Drucksachen-Nr. V/2010/158 verwiesen.

Beschlussgemäß wird den Mitgliedern des Ausschusses Arbeit und Soziales ein Gewerkschaftsvertreter, Herr Franz Peter Becker, IG Metall Bevollmächtigter, zum Thema zur Verfügung stehen.



| Aachen

**Stadt Herzogenrath  
Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales  
17. Februar 2011**



**TOP 4 :  
Zahl der Zweit- und Nebenjobs steigt**



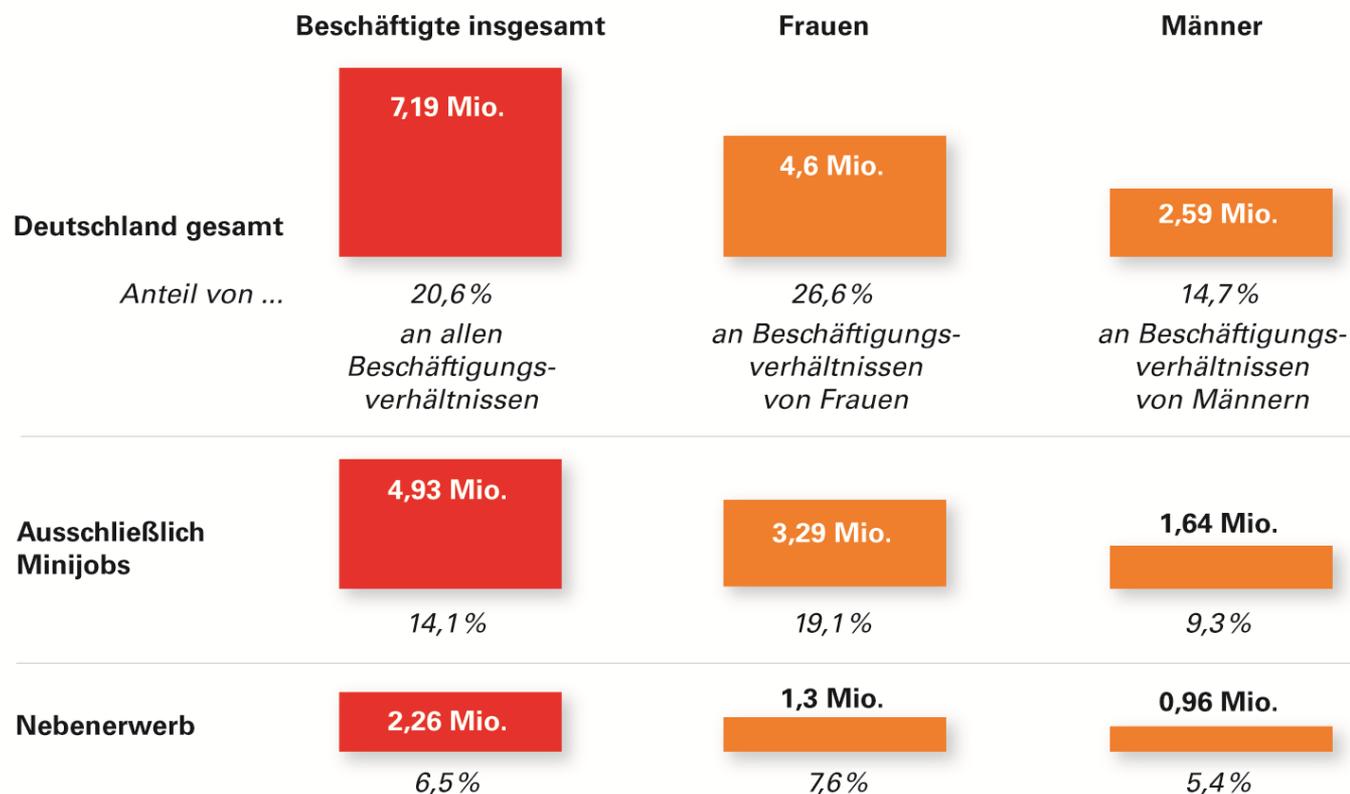
# Definition:

- ➔ 1. **Minijobs** (geringfügig entlohnte Beschäftigung):
  - **Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig im Monat 400 Euro nicht überschreitet, und zwar bei**
    - **ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten und bei**
    - **geringfügig entlohnten Beschäftigten, die gleichzeitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind (Nebenjob).**
    - 15 Prozent Gesetzliche Rentenversicherung, 13 Prozent Gesetzliche Krankenversicherung und 2 Prozent Steuern
  
- ➔ 2. **Kurzfristige Beschäftigung** ist gegeben, wenn die Tätigkeit im Laufe eines Kalenderjahres nach ihrer Eigenart auf nicht mehr als zwei Monate oder insgesamt 50 Arbeitstage begrenzt zu sein pflegt oder im Voraus vertraglich begrenzt ist.
  
- ➔ 3. **Midijobs** sind sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, deren Arbeitsentgelt über 400 Euro und bis zu 800 Euro liegt und für die der Arbeitnehmer (ohne Auszubildende), auf die Anwendung der Gleitzone Regelung nicht verzichtet hat.

# Anteil an den Beschäftigten:

## Ein Fünftel aller Beschäftigten mit Minijob

Geringfügig beschäftigt arbeiten ...



Quelle: Herzog-Stein 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010



# Auswirkungen:

- ➔ **2,26 Millionen Beschäftigte haben einen Minijob, gehen aber noch einer weiteren Arbeit nach.**
- ➔ **damit werden 6,5 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse ohne einen sachlichen Grund steuerlich gefördert**
- ➔ **und von Sozialbeiträgen weitgehend freigestellt**
  
- ➔ **2010 erhielten 1,363 Millionen Geringverdiener rund 7,5 Milliarden Euro an zusätzlicher Hartz-IV-Unterstützung vom Staat**
- ➔ **davon 687.000 Minijober**
- ➔ **Immer höhere Belastung der Kommunen!**



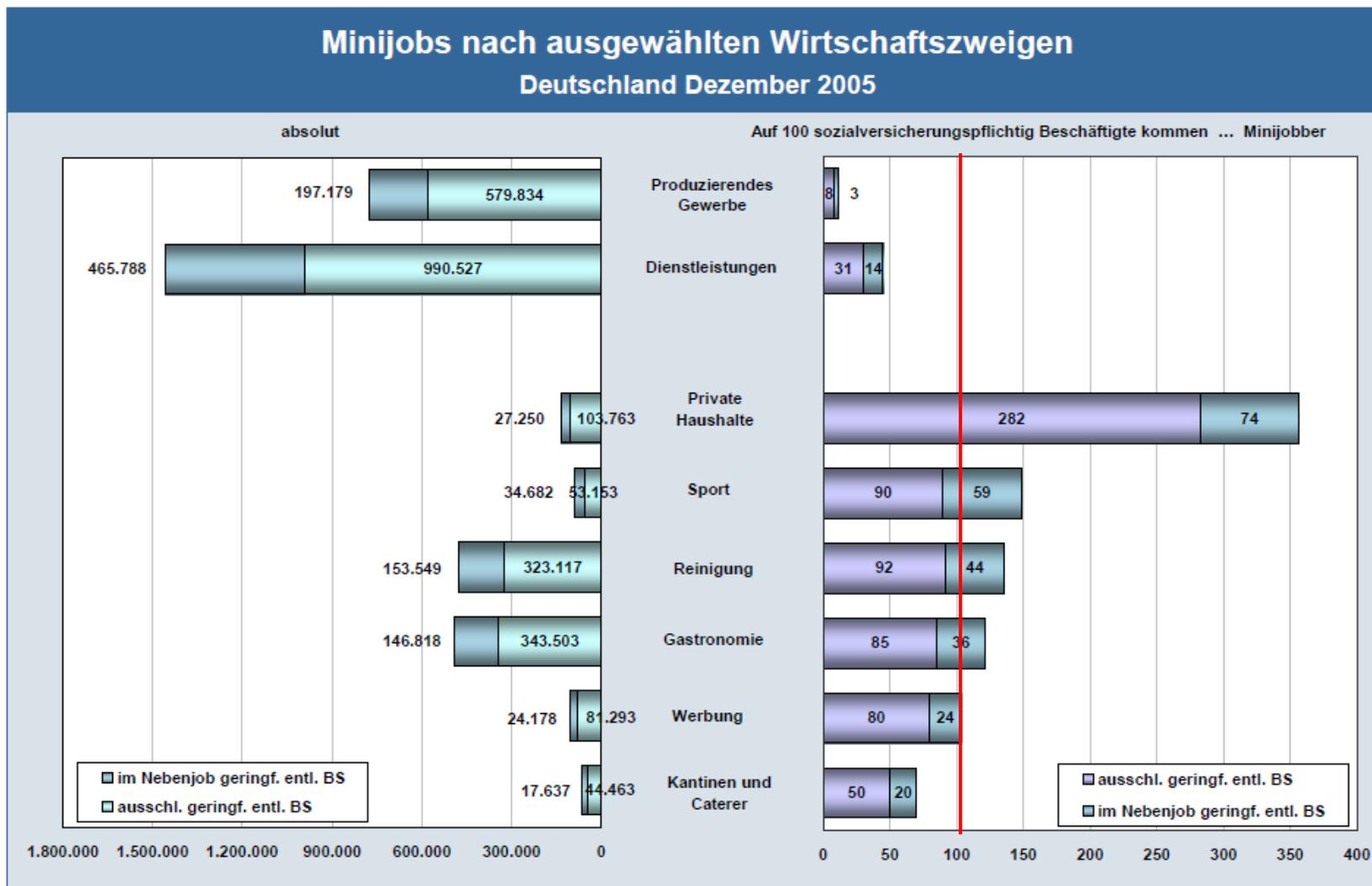
# Grundlage für Schattenwirtschaft

➔ **Riesige Dunkelziffer!**

➔ **Kaschierte Schwarzarbeit!**

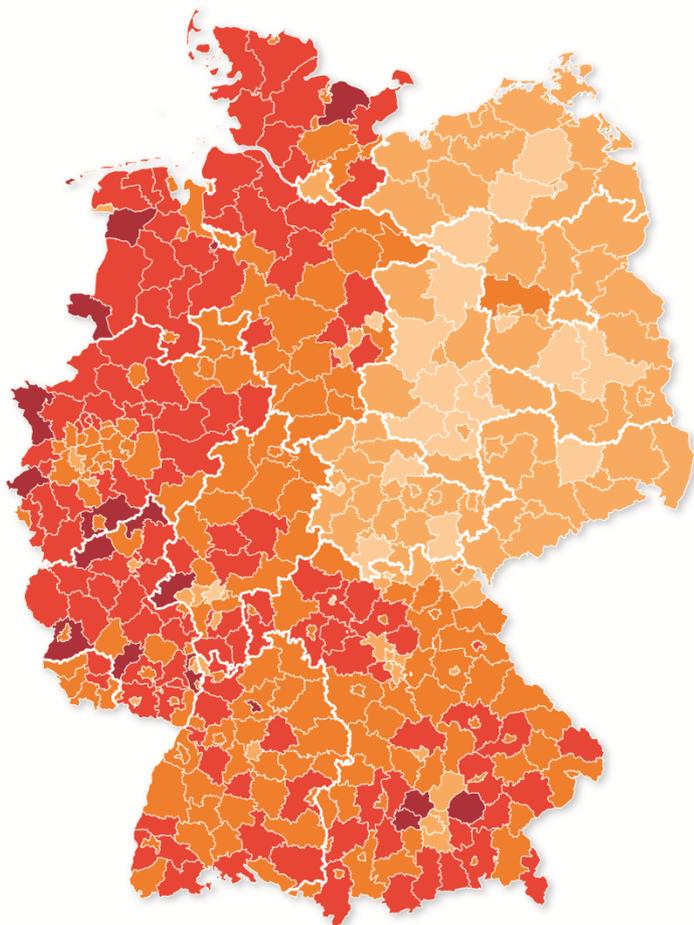
➔ **Nicht zu beziffernder Schaden für die Volkswirtschaft**

# Anteil an den Beschäftigten in Wirtschaftszweigen:



# Verteilung nach Regionen:

Minijobs in Deutschland



Der Anteil der Minijobs an privatrechtlichen Beschäftigungsverhältnissen beträgt aktuell...



Quelle: WSI 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

Minijobs sind:

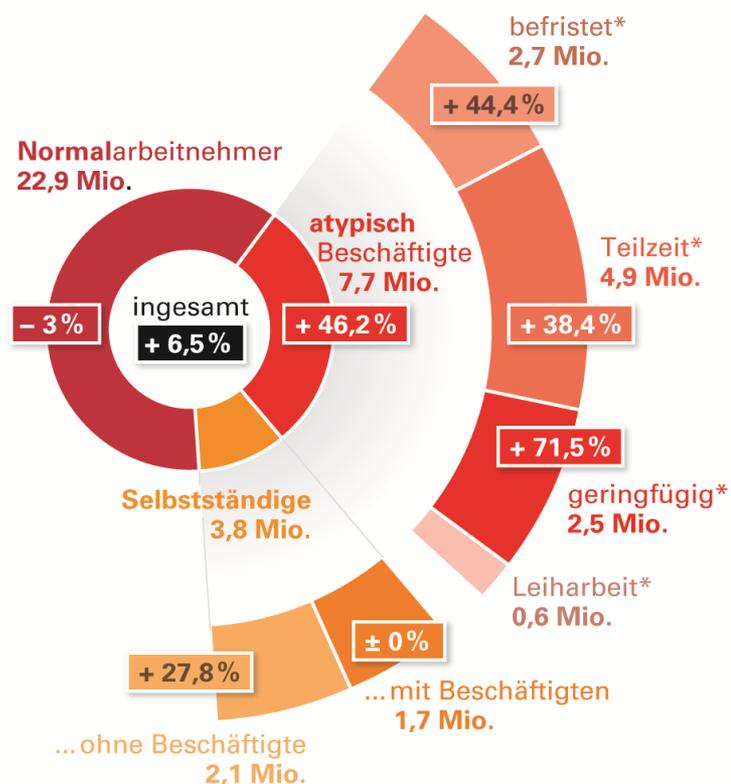
➔ Westdeutsch

➔ Weiblich

# Stärkstes Wachstum bei Minijobs:

## Kritischer Anstieg

Anzahl der Erwerbstätigen 2008 im Vergleich zum Jahr 1998

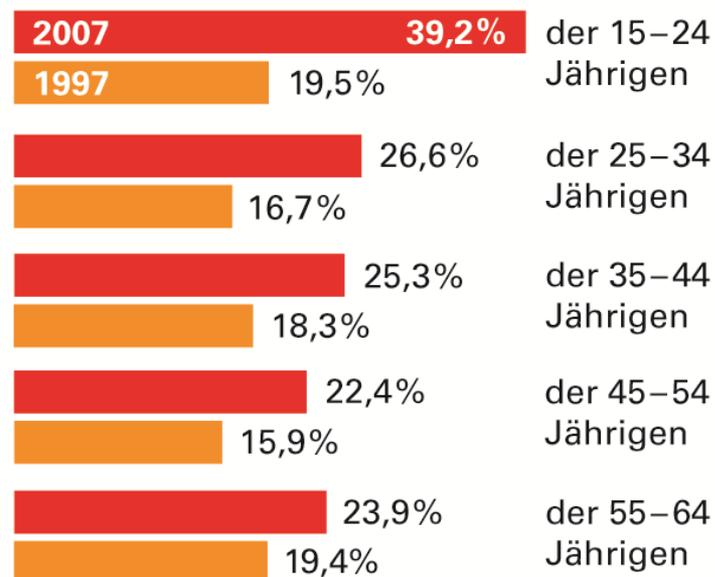


\*Mehrfachnennung möglich, keine Leiharbeit 1998  
 Quelle: Statistisches Bundesamt 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

# Junge immer mehr betroffen:

## Junge häufiger atypisch

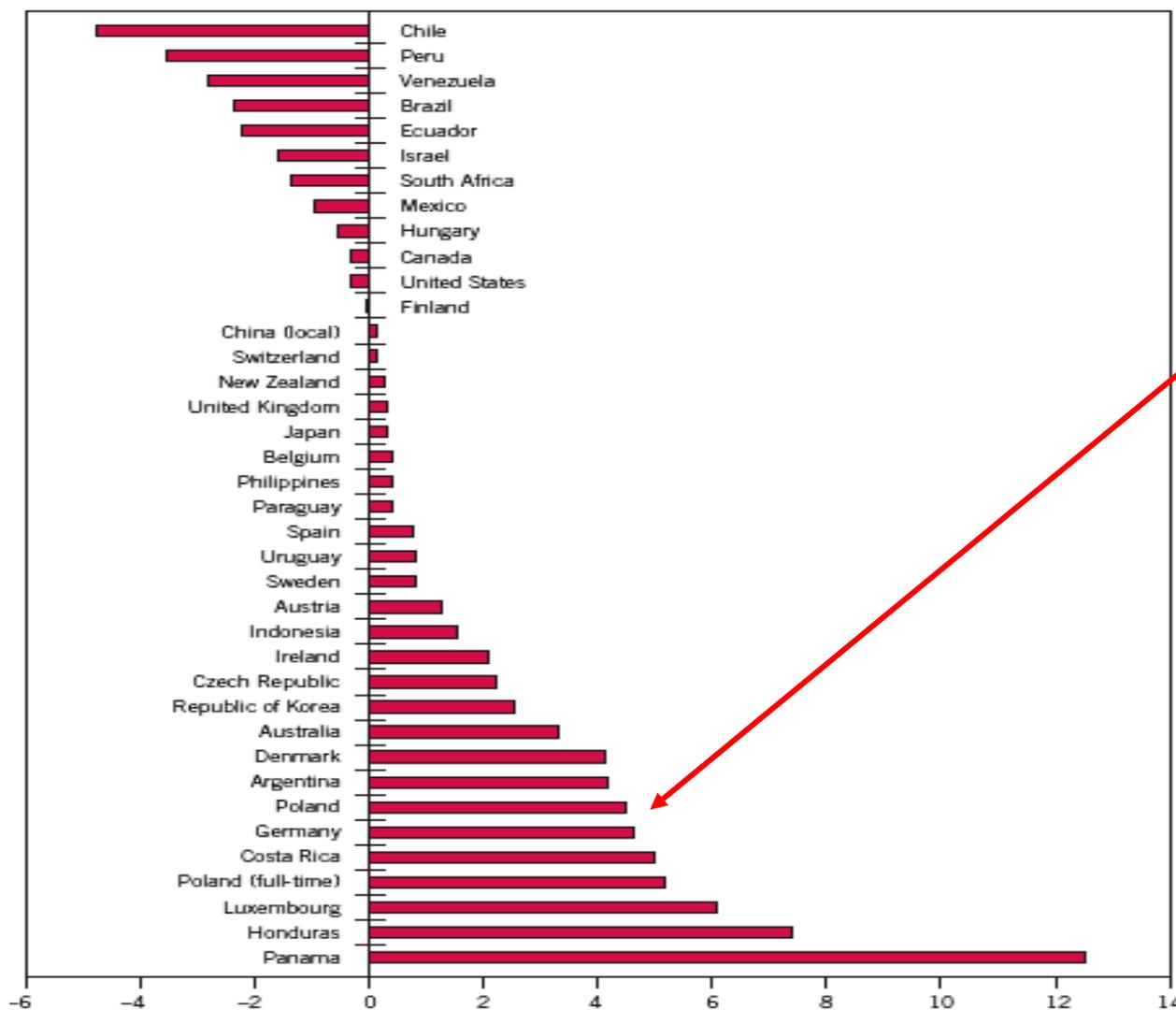
Atypisch\* beschäftigt arbeiteten...



\* Leiharbeit, befristet, Teilzeit

Quelle: Langhoff u.a. 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

# Änderungen in der Niedriglohnbeschäftigung in ausgewählten Ländern 2000 – 2009 in %

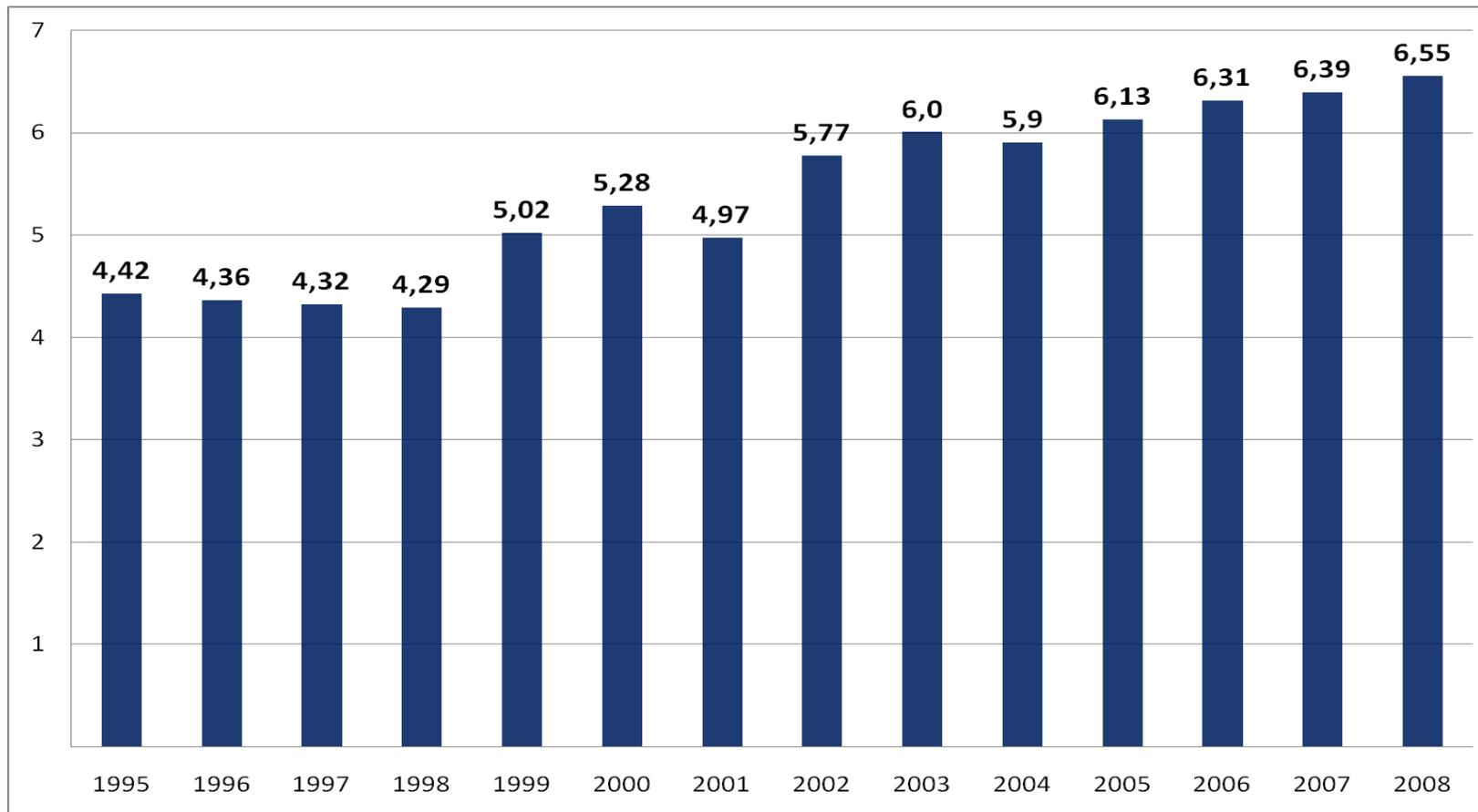


Quelle: ILO Global Wage Database



# Zahl der Niedriglohnbeschäftigten, 1995 – 2008

(Ost-West-differenzierte Niedriglohnschwellen, in Millionen)



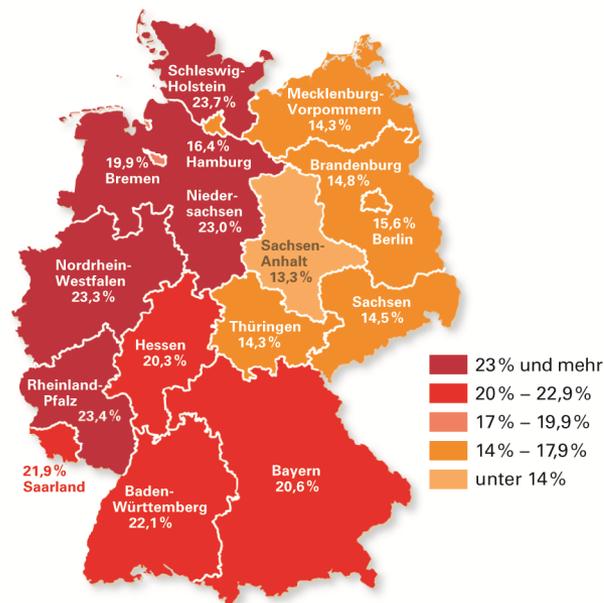
Quelle: IAQ-Berechnungen auf der Basis des SOEP 2008

- ➔ **Wettbewerb kann in Deutschland über Lohnkosten ausgetragen werden – löst Abwärtsspirale bei Löhnen aus**
- ➔ **Möglich, da keine verbindlichen Untergrenzen durch flächendeckenden Mindestlöhne oder allgemeinverbindliche Tarifverträge**
- ➔ **Auslöser: Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen mit neuen nicht tarifgebundenen Anbietern, Outsourcing in gewerkschafts- und betriebsratsfreie Zonen,**
- ➔ **Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt: Keine gleiche Bezahlung für Leiharbeit, Ausweitung Minijobs, Angst vor Hartz IV**

# Verteilung nach Regionen:

## Minijobs im Westen stark

Der Anteil der Minijobs an privatrechtlichen Beschäftigungsverhältnissen beträgt aktuell in ...



Die Zahl der Minijobber betrug bei ...

**ausschließlich**

**geringfügig Beschäftigten**

4,88 Mio.    4,84 Mio.



2007

2010

jeweils im Juni des Jahres

**im Nebenjob Beschäftigten**

2,04 Mio.    2,31 Mio.



2007

2010

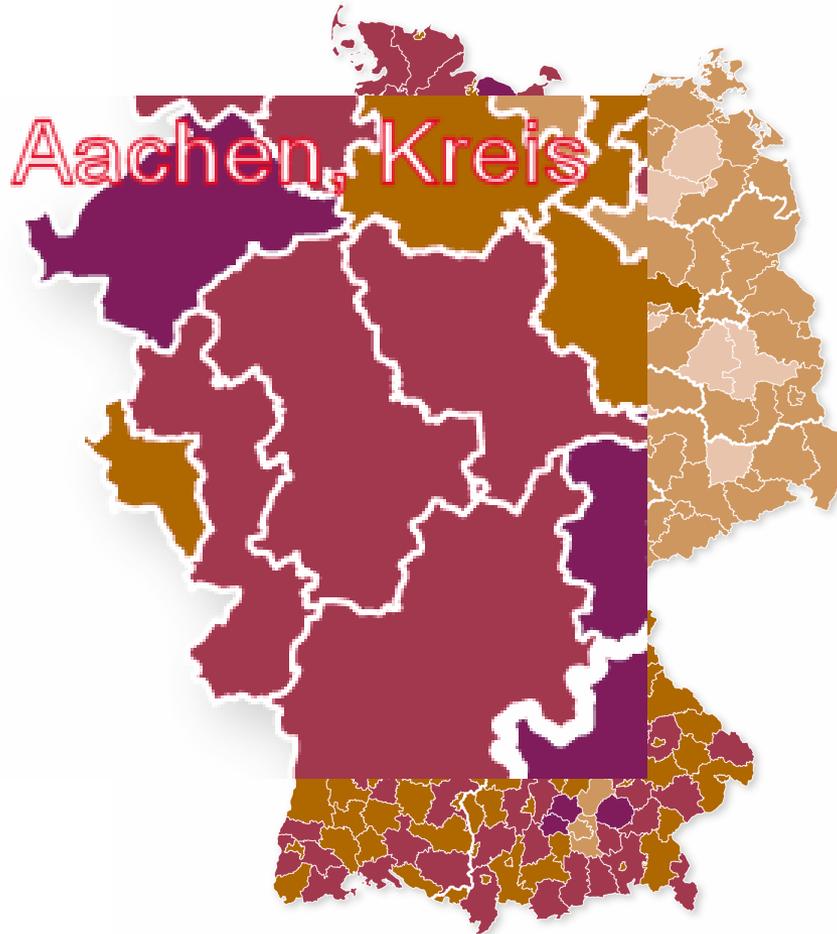
Quelle: WSI 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

# Kreis Aachen:



| Aachen

## Minijobs in Deutschland



Der Anteil der Minijobs an privatrechtlichen Beschäftigungsverhältnissen beträgt aktuell ...

■ 29,5% bis <35,0%   ■ 24,0% bis <29,5%   ■ 18,5% bis <24,0%

■ 13,0% bis <18,5%   ■ 7,5% bis <13,0%

Quelle: WSI 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

# Kreis Aachen:

Insgesamt

Aachen, Kreis

Indikatoren	2003	2004	2005	2006	2007 <sup>1</sup>	2008 <sup>1</sup>	2009 <sup>1</sup>
<b>Beschäftigungsverhältnisse</b>	92.311	95.158	94.405	94.829	96.523	98.012	98.633
<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SVB)</b>	70.643	69.876	68.056	67.272	68.713	70.278	70.425
in % an allen Beschäftigungsverhältnissen	76,5 %	73,4 %	72,1 %	70,9 %	71,2 %	71,7 %	71,4 %
Tertiärer Sektor (in % an SVB) <sup>2</sup>	59,5 %	60,3 %	61,9 %	61,7 %	61,3 %	61,6 %	62,7 %
mit Ausbildung und höherer Fachschule etc. <sup>3</sup>	75,1 %	75,7 %	76,3 %	77,2 %	77,0 %	77,1 %	77,6 %
<b>Atypische Beschäftigung</b>	33.091	37.953	38.210	38.879	39.758	39.995	40.734
in % an allen Beschäftigungsverhältnissen	35,8 %	39,9 %	40,5 %	41,0 %	41,2 %	40,8 %	41,3 %
Teilzeit	11,8 %	11,7 %	11,9 %	12,2 %	12,4 %	12,4 %	12,7 %
Leiharbeit	0,6 %	1,6 %	1,4 %	0,5 %	0,7 %	0,9 %	0,8 %
<b>Mini - Jobs</b>	23,5 %	26,6 %	27,2 %	28,3 %	28,1 %	27,5 %	27,8 %
Vollzeit	59.766	58.715	56.848	55.728	56.757	58.090	57.840
Teilzeit	10.859	11.142	11.192	11.523	11.933	12.159	12.543
Leiharbeit	564	1.529	1.347	505	718	904	773
<b>Mini - Jobs</b>							
Insgesamt	21.668	25.282	25.671	26.851	27.107	26.932	27.418
ausschließlich	18.179	19.961	19.973	20.564	20.409	19.817	20.061
Nebenberuflich	3.489	5.321	5.698	6.287	6.698	7.115	7.357
<b>Arbeitsgelegenheiten / Ein - Euro - Jobs</b>							
Insgesamt	-	-	678	706	754	802	790
Mehraufwand (1 € - Job)	-	-	678	706	703	802	790
Entgeltvariante	-	-			51		
<b>Einwohner</b>	308.974	309.641	309.933	310.247	310.093	309.657	308.532

© Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesanstalt für Arbeit

<sup>1</sup> vorläufige Ergebnisse

<sup>2</sup> durch die Umstellung der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 08) sind die Daten mit dem Jahr 2009 nur begrenzt vergleichbar

- ➔ **die Zunahme von Minijobs ist bedingt durch einen ausufernden Niedriglohnbereich**
- ➔ **zugleich sind Minijobs Teil des Niedriglohnbereichs**
- ➔ **an Mindestlöhnen führt aus unserer Sicht nichts vorbei**
- ➔ **wir brauchen verbindliche Tariftreuevereinbarungen bei öffentlicher Vergabe**
- ➔ **die Ausweitung des Niedriglohnbereichs in der Leiharbeit muss durch gleiche Bezahlung beendet werden**



<b>Vorlage</b>		Drucksachen-Nr: <b>V/2011/014</b>								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status: öffentlich								
<b>Beschlusskontrolle</b>										
<b>Beratungsfolge:</b>		<b>TOP: 5</b>								
Datum	Gremium	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Einst.</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.							
17.02.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales									

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die beigefügte Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

**Sachverhalt:**

Aus der beiliegenden Zusammenstellung ist der derzeitige Stand der Beschlussausführungen zu den im Ausschuss für Arbeit und Soziales behandelten Angelegenheiten ersichtlich. Die Verwaltung bittet um Kenntnisnahme.



<b>Vorlage</b>		Drucksachen-Nr:	<b>V/2011/021</b>	
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status:	öffentlich	
<b>Seniorenfahrt 2011</b>				
<b>Beratungsfolge:</b>			<b>TOP: 6</b>	
Datum	Gremium	Einst.	Ja	Nein
17.02.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales			
		Enth.		

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beschließt auf Vorschlag des Arbeitskreises „Seniorenveranstaltungen und Seniorenfahrten“, die diesjährigen Seniorenfahrten nach Gemünd durchzuführen und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Organisation.

**Sachverhalt:**

Der Arbeitskreis hat sich auf Grund der am 13.01.2011 durchgeführten Zusammenkunft für Gemünd als Ziel der diesjährigen Seniorenfahrten ausgesprochen.

Als Fahrtermine sind der Tage 27., 28. und 29.06.2011 vorgesehen, wobei der 27.06.2011 nur optional ist, wenn die Anmeldezahlen entsprechend hoch sind.

Der Anmeldezeitraum ist für die Zeit vom 16.05. bis 03.06.2011 geplant.

Franz Plag, der bereits aus den vergangenen Jahren als Alleinunterhalter bekannt ist, wird wieder für die musikalische Untermalung sorgen.

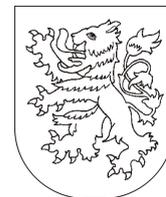
Weitere Einzelheiten werden in der Sitzung berichtet.

**Finanzielle Auswirkungen (einschl. Darstellung der Folgekosten – Sach- und Personalaufwendungen – sowie Folgerträge):**

**Gesamtkosten**

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

Die erforderlichen Ausgabemittel sind für 2011 in Höhe von 7.000,-- € sowie der Teilnehmergebühren in Höhe von 3.000,-- €, sind bei Kostenträger 0535110, Kostenstelle 340000 bzw. 499000, Sachkonto 533930 bzw. 446120 berücksichtigt.



<b>Vorlage</b>		Drucksachen-Nr:	<b>V/2011/022</b>		
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status:	öffentlich		
<b>Zuschüsse an die Wohlfahrtverbände</b>					
<b>Beratungsfolge:</b>			<b>TOP: 7</b>		
Datum	Gremium	Einst.	Ja	Nein	Enth.
17.02.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales				

**Beschlussvorschlag:**

Vorbehaltlich der Freigabe der Haushaltsmittel beschließt der Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Wohlfahrtsverbänden zur Durchführung der Wohlfahrtspflege und der Altenhilfe im Jahre 2011 folgende Zuschüsse zu gewähren:

DRK Stadtverband Herzogenrath	430,-- €
Malteser Hilfsdienst Herzogenrath	215,-- €
Interessengemeinschaft der Invalidenvereine	1.084,-- €
Caritasgruppen für 11 Pfarreien	3.329,-- €
Innere Mission für 3 Pfarreien	886,-- €
VdK Ortsgruppe Herzogenrath	86,-- €
VdK Ortsgruppe Merkstein	86,-- €
Arbeiterwohlfahrt für alle Ortsvereine	4.215,-- €
Begegnungsstätte Arbeiterwohlfahrt Kohlscheid	645,-- €
Begegnungsstätte Arbeiterwohlfahrt Merkstein	267,-- €
Begegnungsstätte Arbeiterwohlfahrt Herzogenrath-Mitte	353,-- €

Gesamtsumme: 11.596,-- €

Die Auszahlung wird wie in der Vergangenheit erst nach Vorlage der Verwendungsnachweise der Zuschüsse bzw. der Betriebskostenausgaben für die Begegnungsstätten für das vergangene Jahr erfolgen.

**Sachverhalt:**

Der Verteilungsschlüssel dieser freiwilligen Zuschüsse entspricht dem des Jahres 2010.

**Finanzielle Auswirkungen (einschl. Darstellung der Folgekosten – Sach- und Personalaufwendungen – sowie Folgeerträge):**

**Gesamtkosten**

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

Die erforderlichen Ausgabemittel in Höhe von 11.596,-- € stehen, vorbehaltlich der Freigabe der kompletten Haushaltsmittel, bei Sachkonto 531 836, Kostenstelle 470 000, Kostenträger 0533110, zur Verfügung.



<b>Vorlage</b>		Drucksachen-Nr: <b>V/2011/023</b>								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status: öffentlich								
<b>Zuschuss an die Familienberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt Aachen-Land e. V. in Eschweiler hier: Antrag vom 18.11.2010</b>										
<b>Beratungsfolge:</b>		<b>TOP: 8</b>								
Datum	Gremium	<table border="1" style="float: right;"> <thead> <tr> <th>Einst.</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> </tbody> </table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.							
Ausschuss für Arbeit und Soziales										

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beschließt, der Familienberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Aachen-Land e.V. in Eschweiler für das Jahr 2011 einen Zuschuss in Höhe von 1.300,00 Euro zu gewähren.

**Sachverhalt:**

Mit beigefügtem Schreiben vom 18.11.2010 beantragt der Kreisverband Aachen-Land e. V. der Arbeiterwohlfahrt für die Familienberatungsstelle in Eschweiler auch für das Haushaltsjahr 2011 einen Zuschuss zur Sicherung des Erhalts der Familienberatungsstätte mit den Aufgabenschwerpunkten Beratung im Rahmen des Schwangerschaftskonfliktgesetzes, Sexualität, Partnerschaft, Schwangerschaft und Familienplanung.

Bislang wurde analog des Zuschusses an die Pro familia Beratungsstelle ein jährlicher Zuschuss in Höhe von 1.300,-- € gezahlt.

**Finanzielle Auswirkungen (einschl. Darstellung der Folgekosten – Sach- und Personalaufwendungen – sowie Folgeerträge):**

**Gesamtkosten**

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

Die erforderlichen Ausgabemittel in Höhe von 1.300,-- € stehen bei Kostenträger 0533110, Kostenstelle 470000, Sachkonto 531837, zur Verfügung.



<b>Vorlage</b>		Drucksachen-Nr:	<b>V/2011/024</b>	
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status:	öffentlich	
<b>Zuschuss an die Pro Familia Beratungsstelle für Schwangerschaftsprobleme und Familienplanung in Aachen hier: Antrag vom 10.06.2010</b>				
<b>Beratungsfolge:</b>			<b>TOP: 9</b>	
Datum	Gremium	Einst.	Ja	Nein
17.02.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales			
		Enth.		

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beschließt, der Pro Familia Beratungsstelle in Aachen für das Jahr 2011, nach Vorlage des Jahresberichtes und des Verwendungsnachweises für das Jahr 2010, antragsgemäß einen Zuschuss in Höhe von 1.300,-- € zu gewähren.

**Sachverhalt:**

Mit beigefügtem Antrag vom 10.06.2010 beantragt der Landesverband NRW Pro Familia für seine Beratungsstelle für Schwangerschaftsprobleme und Familienplanung in Aachen für das Haushaltsjahr 2011 einen Zuschuss in Höhe von 1.300,-- €.

**Finanzielle Auswirkungen (einschl. Darstellung der Folgekosten – Sach- und Personalaufwendungen – sowie Folgerträge):**

**Gesamtkosten**

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

Die erforderlichen Ausgabemittel in Höhe von 1.300,-- € stehen bei Kostenträger 0533110, Kostenstelle 470000, Sachkonto 531838, zur Verfügung.



<b>Vorlage</b>	Drucksachen-Nr: <b>V/2011/025</b>												
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste	Status: öffentlich												
<b>Zuschuss an die Schwangerschaftskonfliktberatung des Diakonischen Werkes im Kirchenkreis Aachen e.V. hier: Antrag vom 17.11.2010</b>													
<b>Beratungsfolge:</b>	<b>TOP: 10</b>												
Datum                      Gremium	<table border="1"><thead><tr><th>Einst.</th><th>Ja</th><th>Nein</th><th>Enth.</th></tr></thead><tbody><tr><td>17.02.2011</td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></tbody></table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.	17.02.2011							
Einst.	Ja	Nein	Enth.										
17.02.2011													
17.02.2011      Ausschuss für Arbeit und Soziales													

### Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beschließt, der Beratungsstelle des Diakonischen Werkes im Kirchenkreis Aachen e.V. für Schwangerschaft und Schwangerschaftskonflikte auch für das Jahr 2011, nach Vorlage des Jahresberichtes 2010, einen Zuschuss in Höhe von 1.300,-- € zu gewähren.

### Sachverhalt:

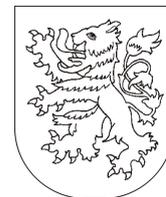
Mit Schreiben vom 17.11.2010 beantragt die Beratungsstelle des Diakonischen Werkes im Kreis Aachen für Schwangerschaft und Schwangerschaftskonflikte auch im Jahr 2011 um eine Bezuschussung ihrer Beratungsstelle durch die Stadt Herzogenrath.

### Finanzielle Auswirkungen (einschl. Darstellung der Folgekosten – Sach- und Personalaufwendungen – sowie Folgerträge):

#### Gesamtkosten

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

Die erforderlichen Ausgabemittel in Höhe von 1.300,-- € stehen bei Kostenträger 0533110, Kostenstelle 470000, Sachkonto 531851, zur Verfügung.



<b>Vorlage</b>		Drucksachen-Nr:	<b>V/2011/026</b>		
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status:	öffentlich		
<b>Kooperativer Beitrag – Verein zur Förderung behinderter Kinder und Erwachsener in Herzogenrath e.V.</b>					
<b>Beratungsfolge:</b>			<b>TOP: 11</b>		
Datum	Gremium	Einst.	Ja	Nein	Enth.
17.02.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales				

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beschließt, dem Verein zur Förderung behinderter Kinder und Erwachsener in Herzogenrath e.V. den diesjährigen kooperativen Beitrag der Stadt in Höhe von 512,-- € zur Verfügung zu stellen.

Von diesem Beitrag ist die Hälfte zweckgebunden für Betreuungsmaßnahmen im Landschulheim im Jahre 2011.

Über die Verwendung der Mittel ist ein Verwendungsnachweis vorzulegen.

Eine Auszahlung der Mittel erfolgt nach Vorlage des Verwendungsnachweises 2010.

**Sachverhalt:**

Die Stadt Herzogenrath ist Mitglied des Vereins zur Förderung behinderter Kinder und Erwachsener in Herzogenrath e.V. mit einem kooperativen Beitrag in Höhe von 512,-- €.

Von diesem Beitrag ist die Hälfte für die Erwachsenenbetreuung vorgesehen.

In der Beitrittserklärung hat sich die Stadt vorbehalten, für den übrigen Betrag eine Zweckbindung auszusprechen. Dies soll durch den Ausschuss für Arbeit und Soziales geschehen.

**Finanzielle Auswirkungen (einschl. Darstellung der Folgekosten – Sach- und Personalaufwendungen – sowie Folgerträge):**

**Gesamtkosten**

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

Die erforderlichen Ausgabemittel in Höhe von 512,-- € stehen bei Kostenträger 0533110, Kostenstelle 470000, Sachkonto 531850, zur Verfügung.



<b>Vorlage</b>		Drucksachen-Nr: <b>V/2007/287-E02</b>								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status: öffentlich								
<b>Armut in Herzogenrath</b> <b>Erstellung eines Sozialentwicklungsplanes /Armutberichtes</b> <b>hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2007 sowie der Fraktion DIE LINKE vom 18.01.2010</b>										
<b>Beratungsfolge:</b>		<b>TOP: 12</b>								
Datum	Gremium	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Einst.</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.							
17.02.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales									

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beschließt, die StädteRegion um Vorstellung ihrer Auswertung in der nächsten Sitzung zu bitten sowie die sozialräumliche Auswertung für Herzogenrath abzuwarten. Anhand dessen sollen mögliche Handlungsfelder definiert werden, deren Verfolgung als Soziale Agenda 2011 – 2015 für Herzogenrath zu dokumentieren ist.

**Sachverhalt:**

Hinsichtlich der Sachverhaltsklärung wird auf die bisherigen Beratungen zu Drucksachen-Nr. V/2007/287 nebst Ergänzungsvorlage und V/2010/155 sowie zwischenzeitigen Bemerkungen in den Beschlusskontrollen verwiesen.

Nach anfänglichem Bestreben die vorliegenden Materialien im Detail vor Ort auszuwerten und vorzustellen, hat die Städtereion ihre Bereitschaft signalisiert, von Mitarbeiterinnen der StädteRegion, welche sich bei Erstellung des Kompendiums intensiv mit der Datenerfassung und Auswertung auseinander gesetzt haben, eine Zusammenfassung im Ausschuss vorzutragen.

Bedingt durch die Tatsache, dass inzwischen auch die meisten übrigen städtereions-angehörigen Kommunen begonnen haben, sich mit der Thematik des Demographischen Wandels auseinandersetzen, ist die Stabsstelle Kultur, empirische Forschung und Gleichstellung zum einen terminlich bereits seit Monaten auf Monate ausgebucht und benötigt zum anderen ca. 6 Wochen der Vorbereitung je Kommune.

Daher kommt eine Vorstellung einer auf Herzogenrath bezogenen Auswertung im Ausschuss frühestens in der nächsten Sitzung in Betracht.

Im Vorfeld seien hier die Fundstellen in den einzelnen Teilberichten des Kompendiums Demographischer Wandel in der StädteRegion Aachen mit dem Aspekt der Armut benannt:

## Regionale und kommunale Bevölkerungsprognosen bis 2030 und Auswirkungen auf ausgewählte Lebenslagen

Kapitel 2 Stadt versus Land	Seite 59 ff
Kapitel 3 Städtereionsangehörige Kommunen im Vergleich	Seite 153 ff

### Kinder und Jugendliche

Kapitel 8 Wirtschaftliche Lage von Kindern und Jugendlichen In der StädteRegion	Seite 73 ff
--	-------------

### Familie im Wandel

Kapitel 3 Ökonomische Situation von Familien	Seite 25 ff
--	-------------

### 60plus -Bedarfe und Potentiale der älteren Generation-

Kapitel 3 Ökonomische Situation älterer Menschen	Seite 28 ff
--	-------------

Was die Recherche nach Städten anbetrifft, die bereits einen Armutsbericht /Sozialentwicklungsplan erstellt haben, so war diese bislang bei Städten gleicher Größenordnung wie Herzogenrath erfolglos. Erschwert wird die Suche unter anderem dadurch, dass entsprechende Werke die unterschiedlichsten Bezeichnungen tragen (z.B. Armutsbericht, Armut und Agenda 2010, Sozialbericht, Sozialentwicklungsplan u.ä.).

So verfügt bspw. die Stadt Remscheid (ca.120.900 EW) über einen Armutsbericht, ebenso die Stadt Augsburg (ca 265.000 EW). Die Stadt Göttingen (ca. 128.000 EW) hat einen Bericht Armut und Agenda 2010 und die Stadt Kiel (ca. 234.000 EW) einen Sozialbericht 2010. Nicht zu vernachlässigen der Sozialentwicklungsplan der Stadt Aachen.

Ein Vergleich bzw. eine Zugrundelegung scheidet allein wegen der Größe der Städte aus.

Hinzu kommt, dass es sich bei den genannten Städten um selbständige Träger der Sozialhilfe und der SGB II-Leistungen handelt, die dementsprechend auch andere Möglichkeiten nutzen können.

Im Gegensatz dazu ist Herzogenrath als städtereionsangehörige Kommunen weder Leistungsträger nach dem SGB XII noch nach dem SGB II und somit als Delegationsgemeinde an die gesetzlich vorgegebenen Regelungen des SGB XII und die Vorgaben der StädteRegion gebunden. Für die SGB II-Leistungen sind ausschließlich die StädteRegion sowie die Bundesagentur für Arbeit zuständig.

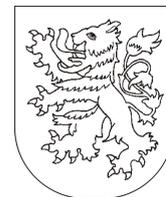
Bei der Erstellung eines entsprechenden Planes handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe der Stadt. Die in den Anträgen aufgeführten Fragestellungen betreffen durchweg statistische Auswertungen im Zusammenhang mit dem Armutsbegriff, wobei es zu beachten gilt, dass dieser je nach Analyseansatz unterschiedlich interpretiert wird.

In den Fachausschüssen werden die Zahlenentwicklungen bezgl. Sozialhilfe, Grundsicherung für Arbeitssuchende als auch im Bereich der Kinder und Jugendhilfe durch die Verwaltung regelmäßig dargestellt sowie sich daraus ergebende Konsequenzen diskutiert.

Im Rahmen des verwaltungsinternen Arbeitskreises „Statistik“, welcher im Prozess Demographischer Wandel gegründet wurde, arbeitet die Verwaltung derzeit hinsichtlich des Bezuges von Transferleistungen an einer sozialräumlichen Auswertung für Herzogenrath, deren regelmäßige Fortschreibung vorgesehen ist. Sie soll insbesondere Auskunft darüber geben, wo welche Altersgruppe besonders stark von wirtschaftlicher Notlage bedroht bzw. betroffen ist. Bislang war dies nur für Herzogenrath gesamt, allenfalls noch für die drei Stadtteile auswertbar.

Die Verwaltung schlägt daher vor, die Vorstellung der Auswertung der StädteRegion sowie die sozialräumliche Auswertung für Herzogenrath abzuwarten und anhand dessen mögliche

Handlungsfelder zu definieren, deren Verfolgung als Soziale Agenda 2011-2015 dokumentiert und fortgeschrieben werden könnte.



<b>Vorlage</b>		Drucksachen-Nr: <b>V/2011/027</b>								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status: öffentlich								
<b>Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Herzogenrath hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2010</b>										
<b>Beratungsfolge:</b>		<b>TOP: 13</b>								
Datum	Gremium	<table border="1" style="width: 100%; text-align: center;"> <tr> <th>Einst.</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> </table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.							
17.02.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales									

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beauftragt die Verwaltung, unter Beteiligung des Behindertenforums einen Überblick zu erarbeiten, welche Beteiligungsprozesse in den einzelnen Fachbereichen bereits verfolgt werden bzw. welche Maßnahmen bereits realisiert wurden.

Darüber hinaus wird das Behindertenforum um Stellungnahme gebeten, was aus Sicht der Betroffenen in Herzogenrath an noch zu realisierenden Anforderungen aus der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hervorgeht.

**Sachverhalt:**

Hinsichtlich der Sachverhaltsklärung wird auf den beigefügten Antrag der SPD Fraktion vom 15.11.2011 verwiesen.

Insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Behindertenforum sind viele Aspekte der angesprochenen Handlungsfelder bereits auf den Weg gebracht.

So wurde bereits im Mai 2009 die Zielvereinbarung zur Herstellung von Barrierefreiheit in Herzogenrath durch das Behindertenforum und Bürgermeister Christoph von den Driesch unterzeichnet.

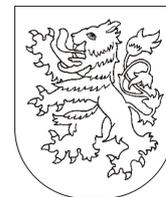
Ein Arbeitskreis aus Reihen des Behindertenforums, des Seniorenbeirates, des Koordinationsbüros sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern befasst sich aktuell mit der Einführung des Signets NRW ohne Barrieren in Herzogenrath.

Inklusion ist ein aktuelles Thema an den Herzogenrather Schulen.

Nicht zu vergessen auch die Werkstatt für Behinderte, deren Inbetriebnahme im Frühjahr geplant ist.

Da diese Aufzählung bei Weitem nicht abschließend ist, wird vorgeschlagen, unter Beteiligung des Behindertenforums zunächst einen Überblick zu erarbeiten, aus dem bereits realisierte Maßnahmen / abgearbeitete Handlungsfelder hervorgehen.

Darüber hinaus sollte als weitere Arbeitsgrundlage das Behindertenforum um Stellungnahme gebeten werden, was aus Sicht der Betroffenen in Herzogenrath an noch zu realisierenden Anforderungen aus der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hervorgeht.



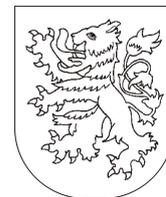
<b>Vorlage</b>		Drucksachen-Nr: <b>V/2011/031</b>								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status: öffentlich								
<b>Überschuldung von Privathaushalten hier: Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90-DieGrünen sowie der Fraktion DIE LINKE vom 24.01.2011</b>										
<b>Beratungsfolge:</b>		<b>TOP: 14</b>								
Datum	Gremium	<table border="1" style="width: 100%; text-align: center;"> <tr> <th>Einst.</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> </table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.							
17.02.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales									

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beauftragt die Verwaltung zur nächsten Sitzung eine sachkundige Mitarbeiterin / einen sachkundigen Mitarbeiter der Verbraucherzentrale oder einer anderen Organisation einzuladen, die / der über die Arbeit der Schuldnerberatung sowie die aktuelle Situation in der Stadt Herzogenrath berichtet.

**Sachverhalt:**

Hinsichtlich der Sachverhaltsklärung wird auf den beigefügten Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90-Die Grünen sowie der Fraktion DIE LINKE vom 24.01.2011 verwiesen.



<b>Vorlage</b>		Drucksachen-Nr:	<b>V/2011/038</b>	
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status:	öffentlich	
<b>Altersarmut in Herzogenrath hier: Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE vom 01.02.2011</b>				
<b>Beratungsfolge:</b>		<b>TOP: 15</b>		
Datum	Gremium	Einst.	Ja	Nein
17.02.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales			
		Enth.		

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beschließt, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und zunächst die Ausführungen der StädteRegion sowie der Verwaltung in der nächsten Sitzung abzuwarten und dann die weitere Vorgehensweise zu beschließen.

**Sachverhalt:**

Hinsichtlich der Sachverhaltsdarstellung wird auf den beigefügten Antrag der SPD-Fraktion der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE vom 01.02.2011 verwiesen.

Wie bereits zu TOP 12 ausgeführt wird, wird die Verwaltung in der nächsten Sitzung eine sozialraumbezogene Auswertung vorlegen und vorstellen. Darüber hinaus wird die StädteRegion Aachen voraussichtlich aus dem vorliegenden Kompendium „Der demographische Wandel in der StädteRegion Aachen“ ebenfalls eine Zusammenfassung zum Thema „Armut“ vortragen.

Es wird daher vorgeschlagen, erst dann zu entscheiden, ob darüber hinaus noch eine Vertreterin / ein Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes einzuladen ist, wenn ja, mit welcher konkreten Fragestellung, oder ob die erhaltenen Informationen für die weitere Vorgehensweise ausreichen.



<b>Vorlage</b>		Drucksachen-Nr:	<b>V/2011/039</b>	
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status:	öffentlich	
<b>Informationen und Anfragen</b>				
<b>Beratungsfolge:</b>			<b>TOP: 16</b>	
Datum	Gremium	Einst.	Ja	Nein
17.02.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales			
		Enth.		

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Informationen:**

- 16.1 Zukunftsorientierte Seniorenarbeit in Herzogenrath  
vgl. beigefügte Anlage 1
- 16.2 Bericht der Verbraucherzentrale 2009 - Pflege-/Wohnberatung in der StädteRegion,  
Demenz-Servicezentrum Regio Aachen/Eifel –  
Der Bericht ist als pdf-Datei im Ratsinformationssystem hinterlegt. Ergänzend hierzu  
wird auf Anlage 2 verwiesen.
- 16.3 Sachstand Einrichtung einer Ombudsstelle bei der ARGE in der StädteRegion



## N i e d e r s c h r i f t

### Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales

---

Sitzungstermin: Donnerstag, 17.02.2011

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 21:05 Uhr

Ort, Raum: Großer Sitzungssaal des Rathauses, Rathausplatz 1, 52134 Herzogenrath

---

#### Anwesende Mitglieder:

##### **Vorsitz:**

Joerißen, Peter, SPD

##### **Stadtverordnete/r:**

Aretz, Herbert, CDU

Fleu, Hermann, CDU

Schlebusch, Thorsten, CDU

Spiertz, Werner, CDU

Vertretung für: Herrn Ernst, Volker

Vertretung für: Frau Sobczyk, Marie-Theres

Thönnissen, Norbert, CDU

Fink, Anne, B 90/DIE GRÜNEN

Flaßwinkel, Marga, B 90/DIE GRÜNEN

Goebbels, Helene, SPD

Prast, Günter, SPD

Vontra, Reiner, SPD

Fischer, Hans-Günther, DIE LINKE

Vertretung für: Herrn Prast, Hartmut

##### **Sachkundige/r Bürger/in:**

Engels, Jakob, CDU

Runge, Klaus Dieter, CDU

Puzicha, Josef, SPD

Radermacher, Gabi, SPD

Radermacher, Manfred, SPD

Peinkofer, Michael, FDP

Schiffer, Salmon, FDP

Vertretung für: Herrn Schalt, Fabian

Vertretung für: Herrn Jung, Christian

##### **Sachkundige/r Einwohner/in:**

Ahmetoglu, Ramiz, Integrationsrat

Schoenen, Elisabeth, Behindertenforum

Schultheis, Josefine, Seniorenbeirat

## **Verwaltung:**

Froese-Kindermann, Birgit, Beigeordnete  
Venohr, Jürgen, Verwaltung  
Clermont-Karow, Annemarie, Verwaltung  
Beck, Michaela, Verwaltung

## **Abwesend:**

### **Stadtverordnete/r:**

Ernst, Volker, CDU	entschuldigt
Sobczyk, Marie-Theres, CDU	entschuldigt
Prast, Hartmut, SPD	entschuldigt

### **Sachkundige/r Bürger/in:**

Jung, Christian, CDU	entschuldigt
Schalt, Fabian, CDU	entschuldigt

## **Tagesordnung:**

### **Öffentliche Sitzung (von 18:00 Uhr bis 21:05 Uhr)**

1. Eröffnung des öffentlichen Teils der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde gemäß § 48 GO NRW in Verbindung mit § 18 und 27 der Geschäftsordnung für Rat und Ausschüsse der Stadt Herzogenrath
3. Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes Wohnen  
hier: Vorstellung des Projektes "Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Unterstützungsbedarf" durch Herrn Wilfried Hammers **V/2009/202-E03**
4. Zahl der Zweit- und Nebenjobs steigt  
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.01.2010 **V/2010/158-E01**
5. Beschlusskontrolle **V/2011/014**
6. Seniorenfahrt 2011 **V/2011/021**
7. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände **V/2011/022**
8. Zuschuss an die Familienberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt Aachen-Land e. V. in Eschweiler  
hier: Antrag vom 18.11.2010 **V/2011/023**
9. Zuschuss an die Pro Familia Beratungsstelle für Schwangerschaftsprobleme und Familienplanung in Aachen  
hier: Antrag vom 10.06.2010 **V/2011/024**
10. Zuschuss an die Schwangerschaftskonfliktberatung des Diakonischen Werkes im Kirchenkreis Aachen e.V.  
hier: Antrag vom 17.11.2010 **V/2011/025**
11. Kooperativer Beitrag – Verein zur Förderung behinderter Kinder und Erwachsener in Herzogenrath e.V. **V/2011/026**

- |     |  |                    |
|-----|--|--------------------|
| 12. | Armut in Herzogenrath<br>Erstellung eines Sozialentwicklungsplanes /Armutsbberichtes<br>hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2007 sowie der Fraktion DIE LINKE vom 18.01.2010 | V/2007/287-<br>E02 |
| 13. | Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Herzogenrath<br>hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2010                             | V/2011/027         |
| 14. | Überschuldung von Privathaushalten<br>hier: Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90-DieGrünen sowie der Fraktion DIE LINKE vom 24.01.2011                               | V/2011/031         |
| 15. | Altersarmut in Herzogenrath<br>hier: Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE vom 01.02.2011                                     | V/2011/038         |
| 16. | Informationen und Anfragen   | V/2011/039         |

### **Nichtöffentliche Sitzung (von Uhr bis 21:05 Uhr)**

17. Informationen und Anfragen

## **Protokoll:**

### **Öffentliche Sitzung**

#### Zu TOP 1: **Eröffnung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende, Herr Joerißen, eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Herr Peinkofer merkt hierzu an, dass die Tagesordnung der hiesigen Sitzung nicht rechtzeitig online abrufbar gewesen sei. Er bitte hier um mehr Sorgfalt.

Des Weiteren begrüßt der Vorsitzende Herrn Hammers und Frau Siebenmorgen, die zum Thema „Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Unterstützungsbedarf“ referieren werden und kündigt gleichzeitig Herrn Beckers von der IG-Metall als weiteren Referenten an.

Herr Günter Prast entschuldigt Herrn Hartmut Prast und teilt mit, dass dieser durch Herrn Vontra vertreten werde.

Herr Spiertz teilt mit, dass er selbst Frau Sobczyk vertrete. Des Weiteren vertreten die Herren Schlebusch, Runge und Engels die Herren Ernst, Jung und Schalt.

Frau Fink beantragt, die Tagesordnung dahingehend zu ergänzen, dass im Rahmen eines nicht öffentlichen Teils ein weiterer Tagesordnungspunkt 17 „Informationen und Anfragen“ eingefügt werde.

Herr Aretz möchte wissen, um welches Thema es sich handele.

Frau Fink teilt mit, dass die Beantwortung dieser Frage im Rahmen des öffentlichen Teils der Sitzung nicht möglich sei.

Sodann wird dem Antrag einstimmig stattgegeben.

Weitere Änderungen der Tagesordnungen liegen nicht vor.

Zu TOP 2:     **Einwohnerfragestunde gemäß § 48 GO NRW in Verbindung mit § 18 und 27 der Geschäftsordnung für Rat und Ausschüsse der Stadt Herzogenrath**

Fragen aus dem Zuschauerraum ergeben sich keine.

Zu TOP 3:     **Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes Wohnen hier: Vorstellung des Projektes "Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Unterstützungsbedarf" durch Herrn Wilfried Hammers**

Bevor das Projekt „Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Unterstützungsbedarf“ durch Frau Siebenmorgen, Architekturbüro Alte Windkunst, anhand des Bauprojektes „Villa Emma“ in Bonn-Beuel vorgestellt wird, skizziert Herr Hammers Werdegang und Planungsstand des Projektes.

Er führt aus, dass es bereits seit Herbst 2007 pfarrinterne Überlegungen gegeben habe. Die Idee fuße darauf, dass im Rahmen von Kontakten und Hausbesuchen vermehrt gesagt worden sei, dass es schade wäre, schon Jahrzehnte in Straß zu wohnen und dann, bei Unterstützungsbedarf, wegziehen zu müssen, weil es im Quartier nichts Adäquates gebe.

Im ersten Halbjahr 2008 wurde ein Konzept entwickelt und gleichzeitig nach möglichen Baugrundstücken rund um die Pfarre gesucht. Im Sommer 2008 habe dann eine Besprechung mit Kirchenvorstand, Projektteilnehmern und Verwaltung beim Bürgermeister stattgefunden, um ausloten zu können, welche Möglichkeiten vorhanden seien. In diesem Rahmen sei erstmals seitens der Pfarre kommuniziert worden, einen Teil des Bolzplatzgeländes nutzen zu wollen.

Weiterhin führt er aus, dass bei einem Gespräch mit Herrn Staron, Stadtverwaltung Herzogenrath, dieser den Verantwortlichen empfohlen habe, sich mit dem Architekturbüro „Alte Windkunst“ in Verbindung zu setzen, da dieses Büro mit einem ähnlichen Anliegen an die Verwaltung herantreten sei.

Nach intensivem Dialog über Gemeindeleitung, Pfarrgemeinderat und Kirchenvorstand habe dann am 03.03.2009 ein erstes Treffen der Projektgruppe mit dem Architektenpaar Siebenmorgen stattgefunden.

Am 20.03.2009 habe dann ein Ortstermin mit dem Brandschutzbeauftragten der städtischen Feuerwache, Herrn Hollands, stattgefunden. Hierauf bezogen führte Herr Hammers aus, dass, lt. Auskunft von Herrn Hollands, aus brandschutzrechtlicher Sicht, trotz für Feuerwehrfahrzeuge nicht ausreichender Zufahrt über den Weg neben dem Pfarrgelände, das Bauprojekt mit strengen Auflagen, machbar sei.

**Anmerkung der Verwaltung:**

**Seitens Herrn Hollands wurden die gemachten Aussagen des Herrn Hammers mit Mail vom 19.02.2011 revidiert. Er habe zwar an dem Ortstermin teilgenommen, sei jedoch selber mit Herrn Hammers nie persönlich ins Gespräch gekommen. Zudem sei die bisherige Planung und Baubeschreibung auch mehrfach verändert worden und da bis dato auch kein Entwurf vorliege, könne seinerseits keine belastbare Aussage bezüglich der notwendigen brandschutztechnischen Maßnahmen getroffen werden. Vielmehr müssten die baulichen Maßnahmen zum Brandschutz gegebenenfalls ergänzt werden, falls Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr und Rettungsdienst ein solches Gebäude nur eingeschränkt erreichen können.**

Als weitere Grundvoraussetzung, so Herr Hammers, um überhaupt weiterplanen zu können, habe dann ein Treffen mit der Kindergarten- und Schulleitung sowie dem Jugendamt stattgefunden. Seitens des Jugendamtes wurde den Projektverantwortlichen mitgeteilt, dass man, vorbehaltlich der Zustimmung des Jugendhilfeausschusses, aus planerischer Sicht auch deswegen zustimmen könne, weil beim Abgleich Kinder/ Jugendliche in Straß in Bezug auf die verbleibende Fläche noch ausreichend Raum vorhanden bliebe. Positiv sei auch die Rückmeldung deswegen, weil die Einbindung des potentiellen Hauses mit Kindern und Jugendlichen durch Kindergarten, Schule, Gemeinde und Jugendtreff alle Kriterien von Inklusion vereinbare.

Am 28.04.2009 habe dann ein Informationsgespräch mit den Nachbarn der Siedlung am Domaniale Weg stattgefunden. Diese würden das Projekt jedoch ablehnen, da sie den freien Blick auf das unbebaute Gelände nicht missen wollten.

Weiterhin gab es kontinuierlichen Kontakt mit der Beigeordneten, Frau Froese-Kindermann, welche den Prozess auch innerhalb der Verwaltung kommuniziert habe.

Innerhalb der Verwaltung sei man mit diesem Projekt jedoch nicht auf viel Sympathie gestoßen. Hier seien dann neue Fragen, wie z.B. die des ehemaligen Kohleabbaus unter dem Gelände aufgeworfen worden.

Die Planung wurde, bezogen auf das negative Ergebnis des Nachbarschaftstreffens, dahingehend geändert, dass das Gebäude in die Ecke des Grundstückes verlegt worden sei, wo das Areal vom Altbestand der Häuser Neustraße und Domaniale Weg weniger Probleme bereite, da das Haus dort lediglich an das Ende der Gartengrundstücke stoße.

Auf Bitten der Pfarrgemeinde habe es dann am 28.04.2010 ein erneutes Gespräch mit Herrn Bürgermeister von den Driesch gegeben. Dieser habe das Projekt ausdrücklich gelobt, jedoch das Vorhaben an geplanter Stelle auch wegen Sicherheitsbedenken angelehnt. Er schlug vor, andere brach liegende Gebäudealtbestände an der Alte Straße umgewidmet zu nutzen, was jedoch bei der Pfarrgemeinde auf wenig Sympathie gestoßen sei. Zudem sei auf ein Schreiben aus April 2010 seitens des Eigentümers dieser Gebäude bisher nicht geantwortet worden.

Durch das Handlungskonzept Wohnen der Stadt Herzogenrath sei das Projekt wieder neu auf die Agenda gekommen. Dieses Konzept weise genau die Punkte als Qualitätskriterien auf, wie sie bereits im Projekt verankert seien. Aus diesem Grunde seien Frau Siebenmorgen und er heute hier, um das Projekt vorzustellen.

Herr Hammers wies nochmals darauf hin, welche Mühe die Gemeinde St. Josef sowie die Gemeindeleitung und der Kirchenvorstand seit 2007 auf sich genommen hätten und welches bürgerschaftliche Engagement bereits in das Projekt geflossen sei. Des Weiteren betont er auch, dass die Gemeinde St. Josef ausschließlich ein sozialpastorales Interesse habe und die schon genannte Verknüpfung aller Akteure als höchst spannend und zukunftsweisend empfunden werde.

Für den Fall, dass das Gelände zur Verwirklichung des Projektes zur Verfügung stünde, sei die Rolle der Gemeinde, ein wichtiges soziales Bindeglied für die Entwicklung des Projektes im Sinne der Menschen in Straß zu sein.

Im Anschluss an den Vortrag von Herrn Hammers stellt die Architektin, Frau Siebenmorgen, das Projekt „Villa Emma“ im Rahmen einer Power-Point-Präsentation vor.

Die Präsentation ist als Anlage beigefügt und über das Ratsinformationssystem abrufbar.

Nach Beendigung des Vortrages von Frau Siebenmorgen ergriff Herr Hammers nochmals das Wort.

Er bat den Ausschuss darum, nach nunmehr dreieinhalb jähriger engagierter Arbeit, bei der auch das Architekturbüro ohne jegliches Honorar fachlich versiert mitgearbeitet habe, mitzuteilen, ob das Projekt nunmehr gewollt sei. Falls dies bejaht werde, bitte er weiterhin darum, dass das Baugelände gegen symbolische Pacht zur Verfügung gestellt werde. Zudem solle die Möglichkeit eröffnet werden, zum Bau des Hauses im Innenbereich das vereinfachte Verfahren anzuwenden. Auch solle Verwaltungshilfe zur Umsetzung des Baus flankierend zur Seite gestellt werden.

Die Pfarrgemeinde räume im Gegenzug Wege- und Leitungsrecht, auch zum kommunalen Bolzplatz, über das Gelände ein.

Herr Joerißen dankt Frau Siebenmorgen und Herrn Hammers für die ausführlichen und anschaulichen Vorträge.

Auch Herr Schiffer richtet seinen Dank an die Referenten. Er finde es prinzipiell gut, wenn neue Ideen wie diese entwickelt würden.

Dieses Projekt schaffe zusätzliche neue Lebensqualität, da die Selbstbestimmung hoch angesiedelt werde. Zudem würden Ressourcen gut genutzt.

Herr Prast dankt im Namen seiner Fraktion. Dieses Projekt umfasse genau das, was die SPD seit Jahren fordere. Er zeige sich zudem überrascht über den Fortschritt des Projektes. Da man jedoch erstmalig von diesem Konzept Kenntnis erhalten habe, könne heute hier kein Beschluss gefasst werden. Daher wolle er erst in seiner Fraktion beraten. Des Weiteren ist er der Meinung, dass solche Konzepte zukunftsweisend seien; gerade auch im Hinblick auf den Demographischen Wandel. Jedoch sehe er hier im vorgestellten Projekt auch noch Konfliktpotenzial, wie z.B. mit den Anwohnern. Zudem sei der Bolzplatz in unmittelbarer Nähe. Hier müssten erst Lösungen gesucht werden. Um sich ein besseres Bild machen zu können, schlage er deshalb eine Ortsbesichtigung vor.

Auch Herr Aretz spricht seinen Dank aus. Man sei hier schon lange auf der Suche nach potenziellen Flächen für Mehrgenerationenhäuser. Er fragt nach, ob schon eine Baugenehmigung erteilt sei. Lt. Bebauungsplan handele es sich hierbei um eine Bebauung in dritter Reihe. Daher stelle sich für ihn die Frage, ob feuerwehr-, krankenkraftwagen- und versorgungstechnisch die Wege ausreichend breit seien. Auch er sehe das Problem der Anwohnerschaft. Beispielhaft könne man hier eine Senioreneinrichtung in Herzogenrath nennen, wo es auch Probleme mit den Anwohnern gebe. Des Weiteren würden Parkmöglichkeiten fehlen. Zudem sei es, seiner Meinung nach problematisch, Kostenträger zu finden. Es sei ihm auch aufgefallen, dass in dem genannten Mietbeispiel die Kosten für die im Haus ansässige Pflegestation nicht aufgeführt seien. Er könne sich jedoch nicht vorstellen, dass diese kostenlos arbeiten würde. Seiner Meinung nach müsse der Bolzplatz als solches wegfallen. Man könne hier eventuell einen Garten für die Bewohner anlegen. Zudem habe er noch die Bitte, im Falle der Verwirklichung des Bauvorhabens kein Flachdach, sondern ein Dach mit zumindest kleiner Neigungsfläche zu planen.

Herr Fischer dankt den Referenten und schließt sich seinen Vorrednern an. Auch er habe große Bedenken in Bezug auf die Nähe zum Bolzplatz und wegen der zu engen Zufahrten. Grundsätzlich sei er für solche Projekte, auch im Hinblick auf den Demographischen Wandel. Er sei auch für eine Beratung in den Fraktionen.

Frau Fink dankt beiden Rednern für ihre Vorträge und Frau Siebenmorgen im Speziellen für die bisher unentgeltliche Planung. Sie sei begeistert von dem Konzept. Dies sei genau das, was man in einer Stadt suche, aber selten finde. In Herzogenrath habe man ja schon einige Bauchlandungen mit solchen Projekten erlebt, z.B. in der Hoheneichstraße in Kohlscheid. Zudem finde sie es gut, dass das Interesse der Pfarrgemeinde sozialpastoral sei. Für sie sei es wichtig, dass Personen vor Ort seien, die Interesse zeigten und konzeptionell unterstützten. Zur Problematik mit den Anwohnern führt sie aus, dass diese bei der genannten Senioreneinrichtung darauf zurück zu führen seien, dass die Einrichtung zu groß geworden sei. Das hier vorgestellte Projekt umfasse jedoch lediglich 11 Wohnungen. Dies sei eine überschaubare Einheit.

Sie möchte wissen, ob die Planung dahingehend ausgerichtet sei, dass sich ein ambulanter Pflegedienst im Haus etablieren solle oder ob ein Pflegedienst im Hause untergebracht werde.

In Bezug auf die Nähe zu Kindergarten, Schule und Bolzplatz führt sie aus, dass es in Kohlscheid schon Projekte gebe, wo Kinder und Ältere sogar ihre Freizeit zusammen gestalten würden. Bezüglich des Parkplatz- und Anwohnerproblems könne sie keine Beurteilung abgeben. Hier müsse jedoch Überzeugungsarbeit geleistet werden. Ihr Wunschbeschluss sei in der heutigen Ausschusssitzung leider nicht möglich. Sie wolle jedoch von der Verwaltung wissen, welche Voraussetzungen erforderlich seien, um das Wohnprojekt zu realisieren und bittet darum, dies der Niederschrift beizufügen.

**Anmerkung der Verwaltung:**

**Die Stellungnahmen des Fachbereiches 2 - Bereich Jugend - und Fachbereiches 3 – Bauordnung – sind als Anlage beigefügt.**

Herr Prast fragt nach, ob die Finanzierung des hiesigen Wohnprojektes so vorgesehen sei wie in Bonn.

Nach Ansicht von Frau Siebenmorgen sei eine eins zu eins Übertragung denkbar, da es keinen Träger gebe.

Herr Engels merkt an, dass das Projekt als Mehrgenerationenhaus und Wohnen in guter Nachbarschaft vorgestellt worden sei. Jedoch bei Wohnungen mit 1- bis 2-Personen Haushalten stelle sich für ihn die Frage, wo denn Familien mit Kindern vorgesehen seien. Zudem sei es keine gute Perspektive, wenn die Versorgung der Gruppe im Dachgeschoss stattfinden würde. Auch werde sich, seiner Ansicht nach, die Finanzierung schwierig gestalten, da 1- bis 2-Personen Haushalte oft finanziell nicht so gut aufgestellt seien.

Frau Siebenmorgen sieht den Bolzplatz als einmalige Chance, das Gemeindezentrum als integrative Fläche zu nutzen. Man habe bei diesem Projekt nicht die Intention verfolgt, Familien unterzubringen. Vielmehr sei der Begriff Mehrgenerationenhaus hier so zu verstehen, dass sowohl junge als auch alte Menschen und Personen, die auf Hilfe angewiesen seien hier wohnen könnten. Es handele sich bei diesem Konzept um einen geschützten Bereich für die Bewohner. Es sei natürlich eine politische Entscheidung, ob gewünscht werde, dass dieses Projekt in das Quartier eingegliedert werde.

Momentan werde bzw. könne der Bolzplatz nur über den Schulhof und daher sehr eingeschränkt durch Kinder und Jugendliche genutzt werden. Des Weiteren sei die Pfarrgemeinde bereit, Parkplätze zur Verfügung zu stellen.

Bezogen auf die Frage des Pflegedienstes führt sie aus, dass es sich hierbei weder um ein Seniorenheim noch um betreutes Wohnen handele. Generell hätten die Bewohner eine freie Pflegedienstwahl. Um jedoch eine 24-Stunden-Betreuung zu gewährleisten, sei geplant, in Kooperation mit einem Pflegedienst im Erdgeschoss ein Büro einzurichten. Die Idee dahinter sei, dass der Pflegedienst sich so finanzieren könne und auch Miete für das Büro zahlen solle.

Herr Aretz betont nochmals, dass, wenn Rollstuhlfahrer das Haus bewohnen würden, es notwendig sei, dass Rettungsfahrzeuge und Fahrdienste bis zum Haus fahren könnten.

Für Herrn Prast ist noch interessant, wie weit die Vermietung und Vermarktung in Bonn vorangeschritten sei.

Frau Siebenmorgen führt aus, dass derzeit von 11 Wohnungen 8 vermietet seien. Darunter seien 5 Wohnungen mit Wohnberechtigungsschein. Man achte bei Vermietung darauf, dass die Bewohner auch zueinander passen würden.

Herr Joerißen schlägt abschließend vor, dass vor der nächsten Sitzung eine Ortbesichtigung sowie eine Beratung in den Fraktionen erfolgen solle. Danach solle die Thematik wieder in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Sodann wird der **Beschlussvorschlag** wie folgt geändert:

Die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit und Soziales danken Herrn Hammers für seinen Vortrag und die anschließende Aussprache.

Vor der nächsten Sitzung wird ein Ortstermin zur Besichtigung des Grundstückes in Straß durchgeführt. Nach erfolgter Rücksprache in den einzelnen Fraktionen wird der Punkt wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Der **geänderte Beschlussvorschlag** wird einstimmig angenommen.

Zu TOP 4:     **Zahl der Zweit- und Nebenjobs steigt**  
                  **hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.01.2010**

Herr Beckers, IG-Metall Bevollmächtigter, referiert zum Thema „Zahl der Zweit- und Nebenjobs“ Die Präsentation ist als Anlage beigefügt und über das Ratsinformationssystem abrufbar.

Der Vorsitzende dankt Herrn Beckers für die ausführliche Darstellung.

Auch Herr Aretz spricht seinen Dank aus. Er sehe die Meinung der IG-Metall als Unterstützung. Es sei menschlich traurig, dass eine Mutter mit 2 Kindern noch zusätzlich arbeiten müsse, um den Lebensunterhalt der Familie sicherzustellen. Jedoch ließe dies die Marktwirtschaft zu. Ein Hausbau sei in der heutigen Zeit mit einem Gehalt nicht mehr möglich. Das Gefälle zwischen Familie zu haben und dadurch arm zu sein, sei nicht mehr so groß. Bald gebe es nach seiner Ansicht nur noch „Arm“ oder „Reich“.

Frau Fink dankt Herrn Beckers für die Zusammenfassung. Für sie seien die regionale Unterschiede (Ost – West; Nord – Süd) besonders interessant gewesen.

Ihrer Meinung nach hätten vielleicht nicht so viele Frauen einen Minijob, wenn mehr Frauen gewerkschaftlich organisiert seien.

Bezogen auf Herzogenrath finde sie es jedoch schwierig, als Kommunalpolitikerin dem Prozess entgegen wirken zu können.

Herr Schiffer richtet seinen Dank an Herrn Beckers. Dieser Tagesordnungspunkt sei schon öfter im Ausschuss behandelt worden. Auch er ist der Ansicht, dass der Ausschuss nicht so viel Spielraum habe, diese Thematik zu behandeln. Vielmehr sei es generell ein großes Thema, dass viele ihr Leben nicht mehr ohne Nebenjobs bestreiten könnten.

Aufgrund der hohen Dunkelziffer gehe zudem auch Wirtschaftskapital verloren. Für Herzogenrath könne dies nur zur Folge haben, den Wirtschaftsstandort Herzogenrath zu stärken sowie die Bildung zu fördern.

Auch Herr Prast dankt Herrn Beckers für seine Ausführungen. Seiner Meinung nach berühre die Thematik die Kommune doch erheblich. Durch die Mini- und Nebenjobs seien viele nicht in der Lage, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Von daher gebe man immer mehr Geld im sozialen Bereich aus. Er vermisse das Thema Leiharbeitsfirmen in der Präsentation, welche seiner Meinung nach eine moderne Form der Sklaverei betreiben würden. Für ihn sei es interessant, noch mehr zu diesem Thema zu erfahren.

Lt. Herrn Fischer sehe man anhand der Präsentation die Auswirkungen der Politik dieses Landes, welche sozial nicht gerecht sei. Er ist der Ansicht, dass der Mindestlohn flächendeckend eingeführt werden müsse. Wer als Arbeitgeber z.B. 10,-- € pro Stunde Arbeitslohn nicht zahlen könne, müsse sich anderweitig orientieren. Die Leiharbeitsfirmen würden nur mit solchen Dumpinglöhnen arbeiten. Die Krise sei zum einen aus Gier und zum anderen durch immer mehr Privatisierungen entstanden. Seiner Meinung nach soll, wer arbeitet, auch mit seinem Gehalt den Lebensunterhalt bestreiten können.

Frau Flaßwinkel führt aus, dass sie oft mit diesem Personenkreis zu tun habe. Ihrer Meinung nach helfe hier Bildung alleine wenig. Auch Akademiker erhielten oft nur Nebenjobs. Sie vertritt die Auffassung, dass auch die spätere Grundrente wie bereits jetzt schon viele Arbeitsplätze vom Staat subventioniert werden müsste. Das Hauptproblem der Demographie sei, ihrer Ansicht nach, die wenigen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Zudem zeigt sie sich verwundert über das Ost-West-Gefälle. Sie hätte es eigentlich genau anders herum erwartet.

Herr Schiffer betont nochmals, dass die Menschen von ihrer Arbeit leben können müssten. Jedoch sei es hier im Ausschuss nicht möglich, etwas zu beschließen, was dem entgegen wirke.

Herr Beckers nimmt zu den gemachten Ausführungen wie folgt Stellung:

Bezogen auf die Ausführungen des Herrn Aretz vertritt er die Ansicht, dass sich das Frauenbild mittlerweile verändert habe. Das viele Frauen Minijobs hätten, läge daran, dass sie finanziell auch unabhängiger sein wollten.

Zu Frau Fink merkt er an, dass es ein Phänomen sei, das mehr geringfügig Beschäftigte in den Bereichen seien, die nicht gewerkschaftlich organisiert seien. Die Gewerkschaft würde viel dafür tun, damit Frauen gefördert würden.

Auch Herr Beckers ist der Ansicht, dass viele gesetzliche Regelungen kein Thema für die Kommune seien. Die Kommunen seien z.B. im Rahmen von Ausschreibungen dazu in der Lage, darauf zu achten, wer in welchem Umfang und mit welcher Bezahlung beschäftigt werde. Für ihn sei der wichtigste Rohstoff qualifizierte Menschen, daher sei Bildung unerlässlich.

Das Thema Leiharbeit habe er extra nur kurz angerissen, weil dieses den Rahmen sprengen würde. Zudem sei Leiharbeit nicht das Thema von Mini- und Nebenjobs, sondern das von Vollbeschäftigung. Jedoch habe die Kommune hier eine noch geringere Einflussnahme.

Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichtes sei der Staat verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass jeder durch Erzielung von Einkommen dazu in der Lage sei, ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Es handele sich hier nicht um Einzelfälle, sondern vielmehr um Einzelschicksale.

Bezogen auf den Einwand von Frau Flaßwinkel zur Grundrente führt er aus, dass die Politik die Dimension der Grundrente noch nicht erfasst habe. Derzeit müsse ein Arbeitnehmer einen Stundenlohn von mindestens 9,45 € bei einer 40-Stunden-Woche und 45 Arbeitsjahren erhalten, um soviel Rente zu erhalten, damit er nicht auf staatliche Hilfe angewiesen sei. Jedoch seien die Gehälter bei Leiharbeitern bei weitem nicht so hoch.

Herr Joerißen dankt Herrn Beckers nochmals für seine Ausführungen. Er ist der Meinung, dass das Thema Mini- und Nebenjobs auch weiterhin auf der Agenda des Ausschuss stehen solle, da auch in Herzogenrath Menschen beschäftigt seien, die sich in einer solchen Situation befänden bzw. in eine solche kommen könnten.

Losgelöst vom Tagesordnungspunkt bittet Herr Schlebusch darum, zukünftig nicht mehr zwei Vorträge in die Sitzung zu nehmen, da dies den zeitlichen Rahmen sprengen würde. Gleichzeitig bitte er um eine kurze Pause.

Der Bitte kommt der Vorsitzende nach. Die Sitzung wird, nach Beschlussfassung, daher für 10 Minuten unterbrochen.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales bedankt sich bei Herrn Becker für sein Kommen verbunden mit der Bereitschaft zum Thema Zahl der Zweit- und Nebenjobs zu informieren.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja- Stimmen:                    einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 5:     **Beschlusskontrolle**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die beigefügte Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja- Stimmen:            einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 6:     **Seniorenfahrt 2011**

Herr Prast stellt den Antrag, den Beschluss dahingehend zu ändern, dass die Seniorenfahrt für die Teilnehmer/-innen kostenfrei sein solle.

Auch Frau Fink plädiert hierfür.

Herr Venohr merkt an, dass diese Beschlussvorlage auf die in der Vergangenheit durch den Stadtrat gefassten Beschlüsse basiere. Sollten die Teilnehmergebühren dieses Jahr wegfallen, müsse man sich seitens der Verwaltung nochmals darüber Gedanken machen, ob Gemünd auch weiterhin für die Seniorenfahrt geeignet sei.

Herr Prast erwidert, dass man bereits vor einigen Jahren, als die Fahrten noch kostenfrei gewesen seien, nach Gemünd gefahren sei. Von daher müsse dies auch dieses Jahr möglich sein.

Frau Fink ergänzt, dass der einzige Unterschied zu den letzten Jahren sei, dass wahrscheinlich an allen Terminen gefahren werden müsse.

Frau Clermont-Karow erwidert, dass bezüglich der Lokalität in Gemünd keine Bedenken bestehen würden. Jedoch sei aus ihrer Sicht die Planungssicherheit nicht mehr gegeben, da man sowohl dem Busunternehmen als auch der Lokalität nicht mitteilen könne, mit wie vielen Anmeldungen voraussichtlich zu rechnen sei. In den letzten Jahren seien die Anmeldezahlen relativ konstant gewesen, so dass bereits im Vorfeld entsprechend Busse und Plätze im Restaurant geordert werden konnten. Man könne von dem Busunternehmen nicht erwarten, dass eine größere Anzahl von Bussen bereit gehalten werde, die dann eventuell nur zum Teil gebraucht werden würden. Zudem sei der Anmeldezeitraum auf Wunsch des Ausschusses so weit nach hinten gelegt worden, dass für die Teilnehmer/-innen eine hohe Planungssicherheit bestehe, was natürlich zur Folge habe, dass man erst relativ kurzfristig wisse, wie viele Personen an der Fahrt teilnehmen würden.

Nach Ansicht von Herrn Schlebusch könne eine Kostenfreiheit auch nicht in diesem Ausschuss beschlossen werden. Hierfür wäre der Stadtrat zuständig.

Frau Froese-Kindermann teilt mit, dass es zwei Möglichkeiten gebe, den Beschlussvorschlag im Bezug auf die Kostenfreiheit zu ändern. Zum Einen könne man eine Empfehlung an den Stadtrat abgeben, die Fahrt für die Teilnehmer generell wieder kostenfrei anzubieten. Zum Anderen könne man empfehlen, nur die diesjährige Fahrt kostenfrei zu gestalten.

Herr Aretz weist darauf hin, dass seine Fraktion im Hinblick auf eine kostensparende Haushaltsführung, weiterhin an einer Kostenbeteiligung festhalte.

Herr Prast ändert seinen Antrag dahingehend, dass folgende Ergänzung zum bestehenden Beschlussvorschlag vorgenommen wird:

Der Ausschuss spricht seine Empfehlung an den Stadtrat aus, die diesjährige Seniorenfahrt für die Teilnehmer/-innen kostenfrei durchzuführen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beschließt auf Vorschlag des Arbeitskreises „Seniorenveranstaltungen und Seniorenfahrten“, die diesjährigen Seniorenfahrten nach Gemünd durchzuführen und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Organisation.

Der **originäre Beschlussvorschlag** wird mit **17 Ja-Stimmen** und **2 Nein-Stimmen angenommen**.

Sodann wird der **Beschlussvorschlag** wie folgt **erweitert**:

Der Ausschuss spricht die Empfehlung an den Stadtrat aus, die diesjährige Seniorenfahrt für die Teilnehmer kostenfrei durchzuführen.

Diese **Beschlusserweiterung** wird mit folgendem Ergebnis **angenommen**:

**Abstimmungsergebnis:**

Ja- Stimmen: 10  
Nein- Stimmen: 9  
Enthaltungen: keine

Zu TOP 7: **Zuschüsse an die Wohlfahrtverbände**

Herr Spiertz schlägt vor, die Beschlüsse der Tagesordnungspunkte 7 bis 11 zusammen zu fassen und bittet um frühstmögliche Auszahlung der Zuschüsse.

Frau Froese-Kindermann erwidert hierauf, dass durch den Kämmerer bereits 50 % der Beträge freigegeben seien. Die Zahlung der zweiten Hälfte der Beträge sei erst möglich, wenn der Haushalt für das Jahr 2011 in Kraft getreten sei.

Frau Fink möchte zu TOP 9 noch anmerken, dass Pro Familia gutes Hintergrundwissen zur Thematik bereit gestellt habe, welches als Anlage beigefügt worden wäre.

Der Vorschlag von Herrn Spiertz wird einstimmig begrüßt.

**Beschluss:**

Vorbehaltlich der Freigabe der Haushaltsmittel beschließt der Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Wohlfahrtsverbänden zur Durchführung der Wohlfahrtspflege und der Altenhilfe im Jahre 2011 folgende Zuschüsse zu gewähren:

DRK Stadtverband Herzogenrath	430,-- €
Malteser Hilfsdienst Herzogenrath	215,-- €
Interessengemeinschaft der Invalidenvereine	1.084,-- €
Caritasgruppen für 11 Pfarreien	3.329,-- €
Innere Mission für 3 Pfarreien	886,-- €
VdK Ortsgruppe Herzogenrath	86,-- €
VdK Ortsgruppe Merkstein	86,-- €
Arbeiterwohlfahrt für alle Ortsvereine	4.215,-- €
Begegnungsstätte Arbeiterwohlfahrt Kohlscheid	645,-- €
Begegnungsstätte Arbeiterwohlfahrt Merkstein	267,-- €
Begegnungsstätte Arbeiterwohlfahrt Herzogenrath-Mitte	353,-- €

Gesamtsumme: 11.596,-- €

Die Auszahlung wird wie in der Vergangenheit erst nach Vorlage der Verwendungsnachweise der Zuschüsse bzw. der Betriebskostenausgaben für die Begegnungsstätten für das vergangene Jahr erfolgen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 8: **Zuschuss an die Familienberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt Aachen-Land e. V. in Eschweiler  
hier: Antrag vom 18.11.2010**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beschließt, der Familienberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Aachen-Land e.V. in Eschweiler für das Jahr 2011 einen Zuschuss in Höhe von 1.300,00 Euro zu gewähren.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 9: **Zuschuss an die Pro Familia Beratungsstelle für Schwangerschaftsprobleme und Familienplanung in Aachen  
hier: Antrag vom 10.06.2010**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beschließt, der Pro Familia Beratungsstelle in Aachen für das Jahr 2011, nach Vorlage des Jahresberichtes und des Verwendungsnachweises für das Jahr 2010, antragsgemäß einen Zuschuss in Höhe von 1.300,-- € zu gewähren.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 10: **Zuschuss an die Schwangerschaftskonfliktberatung des Diakonischen Werkes im Kirchenkreis Aachen e.V.  
hier: Antrag vom 17.11.2010**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beschließt, der Beratungsstelle des Diakonischen Werkes im Kirchenkreis Aachen e.V. für Schwangerschaft und Schwangerschaftskonflikte auch für das Jahr 2011, nach Vorlage des Jahresberichtes 2010, einen Zuschuss in Höhe von 1.300,-- € zu gewähren.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 11: **Kooperativer Beitrag – Verein zur Förderung behinderter Kinder und Erwachsener in Herzogenrath e.V.**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beschließt, dem Verein zur Förderung behinderter Kinder und Erwachsener in Herzogenrath e.V. den diesjährigen kooperativen Beitrag der Stadt in Höhe von 512,- € zur Verfügung zu stellen.

Von diesem Beitrag ist die Hälfte zweckgebunden für Betreuungsmaßnahmen im Landschulheim im Jahre 2011.

Über die Verwendung der Mittel ist ein Verwendungsnachweis vorzulegen.

Eine Auszahlung der Mittel erfolgt nach Vorlage des Verwendungsnachweises 2010.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 12: **Armut in Herzogenrath  
Erstellung eines Sozialentwicklungsplanes /Armutberichtes  
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2007 sowie der Fraktion DIE  
LINKE vom 18.01.2010**

Wortmeldungen liegen nicht vor.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beschließt, die StädteRegion um Vorstellung ihrer Auswertung in der nächsten Sitzung zu bitten sowie die sozialräumliche Auswertung für Herzogenrath abzuwarten. Anhand dessen sollen mögliche Handlungsfelder definiert werden, deren Verfolgung als Soziale Agenda 2011 – 2015 für Herzogenrath zu dokumentieren ist.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 13: **Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Herzogenrath  
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2010**

Frau Schoenen bedankt sich zunächst bei der SPD-Fraktion bezüglich der Einbringung des Antrages. Für sie stellt sich die Frage, wie das Behindertenforum diesen Plan erstellen solle und wer seitens der Verwaltung dem Forum zur Seite stünde.

Frau Froese-Kindermann führt aus, dass der Beschlussvorschlag von der Verwaltung aufgestellt worden sei. Hiermit wolle man lediglich verdeutlichen, dass keine Prozesse bzw. Maßnahmen ohne Einbeziehung des Behindertenforum erfolgen sollen.

Frau Schoenen erwidert, dass ihrer Meinung nach für manche Dinge die Verwaltung zuständig sei. Des Weiteren bitte sie darum, dass die Anträge einfacher formuliert und

zukünftig auf weißem Papier gedruckt werden sollten, damit diese auch für Menschen mit Behinderungen verständlich und lesbar seien.

Für sie sei die Umsetzung der UN-Konvention eine öffentliche Dienstleistung. Somit müsse auch die Verwaltung prüfen. Des Weiteren müsse die Bewusstseinsbildung dahingehend gefördert werden, dass Barrierefreiheit selbstverständlich werde.

Bezogen auf den Beschlussvorschlag sei sie der Meinung, dass das Behindertenforum diese Aufgabe nicht bewältigen könne.

Frau Fink erklärt, dass in den Sitzungen des Behindertenforums alle Teilnehmer ihre Anliegen vorbringen könnten, auch zum Thema Barrierefreiheit. Sie sehe die UN-Konvention als Instrument im Hintergrund, damit Barrierefreiheit gewährleistet werden könne.

Weiterhin hob sie die Unterstützung des Forums seitens der Verwaltung, hier explizit Frau Offermanns, hervor. Diese würde die Mängelliste entgegen nehmen und leite diese an die zuständigen Fachbereiche weiter. Die Beteiligung des Behindertenforums könne auch weiterhin nur in dieser Form geschehen.

Bezogen auf die Weiterleitung der Anregungen an die Fachbereiche merkt sie an, dass die Wege nicht immer leicht seien. Es dauere oftmals sehr lange, bis diese umgesetzt würden. Hier wünsche sie sich eine intensivere Unterstützung.

Zum 2. Absatz der Beschlussvorlage führt sie aus, dass, wenn es nötig sei, im einzelnen eine Stellungnahme abgegeben werden könne, aber eine allgemeine Stellungnahme gehe zu weit. Die Verwaltung solle das Behindertenforum auch weiterhin unterstützen, die UN-Konvention umzusetzen. Ihrer Meinung nach solle eine Arbeitsgruppe gegründet werden, für die auch explizit Namen genannt werden sollten. Diese könne dann auch nach halten, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen auch umgesetzt würden, da sich dieses oft problematisch gestalte.

Aufgrund ihrer Ausführungen beantrage sie daher, den 2. Absatz des Beschlussvorschlages und im 1. Absatz den Halbsatz „unter Beteiligung des Behindertenforums einen Überblick zu erarbeiten“ zu streichen.

Herr Prast erklärt, dass seine Fraktion die Änderung mittrage.

Frau Foese-Kindermann schlägt vor, dass ein Bericht über die Art der Erledigung der Anregungen aus dem Behindertenforum in den Ausschuss eingebracht werden könne, damit nachgehalten werden könne, wie diese umgesetzt würden.

Herr Peinkofer schlägt noch vor, dass man sich doch an KoKoBe (Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsangebote) wenden solle, um deren Erfahrungen mit einbringen zu können.

Frau Fink erwidert, dass KoKoBe bereits im Rathaus eine eigene Sprechstunde habe und man bereits in Kontakt getreten sei. Seitens KoKoBe wolle man zukünftig an den Sitzungen des Behindertenforums teilnehmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen wird der **Beschlussvorschlag** wie folgt **geändert**:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beauftragt die Verwaltung zu erarbeiten, welche Beteiligungsprozesse in den einzelnen Fachbereichen bereits verfolgt werden bzw. welche Maßnahmen bereits realisiert wurden. Hieran ist das Behindertenforum zu beteiligen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja- Stimmen:                    einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 14:     **Überschuldung von Privathaushalten**

**hier: Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90-DieGrünen  
sowie der Fraktion DIE LINKE vom 24.01.2011**

Herr Venohr merkt an, dass wenn der Beschluss lt. Beschlussvorlage gefasst würde, für die nächste Sitzung wiederum zwei Referenten eingeladen seien.

Herr Schlebusch erwidert hierauf, wenn der Beschluss so gefasst würde, dann müsse man daran festhalten.

Frau Froese-Kindermann teilt in Bezug auf die Verbraucherzentrale dem Ausschuss zur Kenntnis mit, dass ab Januar 2011 eine zusätzliche Mitarbeiterin in Teilzeit (50%) ihre Tätigkeit bei der Verbraucherzentrale aufgenommen habe.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beauftragt die Verwaltung zur nächsten Sitzung eine sachkundige Mitarbeiterin / einen sachkundigen Mitarbeiter der Verbraucherzentrale oder einer anderen Organisation einzuladen, die / der über die Arbeit der Schuldnerberatung sowie die aktuelle Situation in der Stadt Herzogenrath berichtet.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 15: **Altersarmut in Herzogenrath**  
**hier: Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**  
**sowie der Fraktion DIE LINKE vom 01.02.2011**

Wortmeldungen liegen nicht vor.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beschließt, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und zunächst die Ausführungen der StädteRegion sowie der Verwaltung in der nächsten Sitzung abzuwarten und dann die weitere Vorgehensweise zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 16: **Informationen und Anfragen**

Frau Fink bittet die Verwaltung darum, im Rahmen des Unterpunktes 16.1 Nr. 2 „Neue Wohnformen in allen Stadtteilen“, aufgrund der Präsentation im Ausschuss zukünftig auch das Wohnprojekt „Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Unterstützungsbedarf“ aufzuführen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende um 20.45 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

## **Nichtöffentliche Sitzung**

### Zu TOP 17: Informationen und Anfragen

Frau Fink teilt mit, dass es in Bezug auf Senioreneinrichtung „Haus Kohlscheid“ diverse Gerüchte kursierten. Wie sie gehört habe, solle das Objekt zum Verkauf stehen. Zudem sei derzeit keine Pflegedienstleitung vor Ort.

Des Weiteren sei der Aufnahmestopp aufgehoben worden. Sie fragt nach, wie hier weiter verfahren werden könne.

Herr Peinkofer schlägt vor, die Heimaufsicht zu benachrichtigen.

Frau Clermont-Karow führt aus, dass der Aufnahmestopp Anfang des Jahres aufgehoben worden sei, weil ein externes Beratungsunternehmen zwischenzeitlich durch die Einrichtung in Anspruch genommen worden sei. Dies habe zu einer Verbesserung der Pflegebedingungen geführt. Von daher gebe es derzeit keine pflegerischen Beanstandungen. Zwar gestalte sich die Personalsituation schwierig, jedoch ausreichend.

Herr Prast fragt nach, was mit der Stelle des Hausmeisters für die städtischen Asylunterkünfte geschehe, wenn der jetzige Stelleninhaber, Herr Simons, in den Ruhestand geht.

Herr Venohr führt hierzu aus, dass man seitens des Fachbereiches 1 eine Nachbesetzung der Stelle vorgeschlagen habe. Dieser sei auch zugestimmt worden. Nun solle eine Ausschreibung der Stelle erfolgen.

Für Herrn Prast ist weiterhin von Interesse, welche Qualifikation der Nachfolger haben müsse, und ob es sich um eine Vollzeitstelle handele.

Herr Venohr erwidert, dass es sich auch weiterhin um eine Vollzeitstelle handele. Zur Qualifikation führt er aus, dass ein Hausmeister gesucht werde, der auch besondere soziale Kompetenzen besitze. Aufgrund der langjährigen Erfahrung der Kollegen im Bereich Soziales sei jedoch eine gute Wahl möglich.

Weiterhin fragt Herr Prast nach, ob die Vernichtung diverser Akten in Zusammenhang mit dem Ausscheiden des Herrn Simons stünde.

Dies wird durch Herrn Venohr verneint. Die Vernichtung der Akten habe alleine den Grund, dass 2005 die ARGE gegründet worden sei und aus diesem Grunde die Akten, bei denen die Aufbewahrungsfrist von 6 Jahren nunmehr abgelaufen sei, vernichtet werden konnten.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt der Vorsitzende nochmals den Referenten und schließt um 21.05 Uhr die Sitzung.

Herzogenrath, 11.04.2014

--	--	--

Vorsitz	Zeichnungsberechtigtes Mitglied	Schriftführer